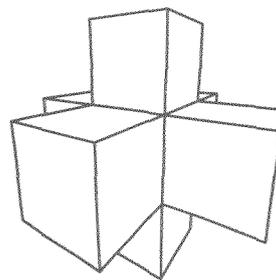


10563

# Schweizer Freisinn



Direktor Schweiz: Landesbibliothek  
 Hallwylstrasse 15  
 3003 Bern

## FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda	21
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel	22

28. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

### Inhalt

#### Parteitag in Zürich

Am 16. September 2006 findet in der Giessereihalle in Zürich der Parteitag der FDP statt. Unter dem Motto «Lust auf Zukunft» werden Themen angepackt, welche für die Zukunft unseres Landes und damit für die Bürgerinnen und Bürger relevant sind. **Seite 3, 4**

#### Illusion KOSA-Initiative

Die Mogelpackung löst kein Problem der AHV, schafft jedoch neue für den Bund, die Kantone und für die Nationalbank. Warum es für die AHV keine freien Mittel geben wird, wird im Interview mit Jean-Pierre Roth, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank (SNB), aufgezeigt. **Seite 7**

#### Osthilfegesetz

Die Osthilfe ist eine gute Investition. Einerseits würden Auswirkungen für unsere Wirtschaft spürbar, andererseits ist dieser Beitrag auch europapolitisch von grosser Bedeutung. Er ist ein integraler Bestandteil der schweizerischen Europapolitik und damit des bilateralen Weges. **Seite 10**

#### Asyl- und Ausländergesetz

Die humanitäre Tradition unseres Landes wird mit den vorliegenden neuen Gesetzen nicht ausgehöhlt, sondern gestärkt. Um einer ganzheitlichen Migrationspolitik näher zu kommen, braucht es am 24.9.2006 ein doppeltes «Ja!» **Seite 21**



Fulvio Pelli gratuliert Gabi Huber zur Wahl.

## Gabi Huber ist neue Vizepräsidentin

Am 18./19. August 2006 fand in Murten eine ausserordentliche Delegiertenversammlung statt. Statutarische Geschäfte und spannende Themen standen auf dem Programm.

Schwerpunktthemen der zweitägigen Delegiertenversammlung in Murten waren das Osthilfegesetz und die Integrationspolitik. Das Osthilfegesetz stiess auf eine klare Zustimmung bei den Delegierten. Das Thema Integration gab Anlass zu

intensiven Diskussionen. Zusätzlich standen Wahlen auf dem Programm. Fulvio Pelli wurde einstimmig als Parteipräsident wiedergewählt. Nach den nicht mehr zur Wahl stehenden Vize-Präsidentinnen Marianne Kleiner und Ma-

rina Masoni darf sich Fulvio Pelli weiterhin über Frauenpower in der Parteispitze freuen – die Urner Nationalrätin Gabi Huber wurde einstimmig zur Vize-Präsidentin gewählt.

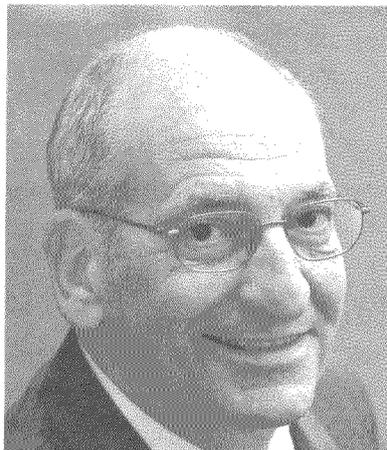
**Seite 12**

## Zukunftsperspektiven des Gesundheitsmarkts

Am diesjährigen Medientreffen auf dem Petersinselanlass habe ich eine Studie vorgestellt, die sich mit der Zukunft des Gesundheitsmarkts befasst. Es ist mir ein Anliegen, dass auch beim Gesundheitswesen über kurzfristige Anliegen hinaus gedacht wird und langfristige Tendenzen wahrgenommen werden.

Es zeigt sich, dass die Wahrnehmung von Gesundheit einem tiefgreifenden Wandel unterliegt. Gesundheit wird vermehrt als «machbar» angeschaut. Dies hat einige Konsequenzen. Die Pflege der Gesundheit wird zumindest für einen Teil der Bevölkerung zu einem grossen Bedürfnis. Davon zeugt beispielsweise der Boom der Wellnessnachfrage. Nicht nur der traditionelle, sondern auch der präventive Gesundheitsmarkt wächst.

Eine Folge davon ist natürlich, dass die privaten und die solidarisch getragenen Gesundheitsausgaben steigen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass es nicht nur die Kostenseite gibt. Das Gesundheitswesen ist auch ein Pfeiler des Wirtschaftswachstums in der Schweiz. Einige Experten gehen sogar davon aus, dass die Gesundheitsbranche in den nächs-



**Pascal Couchepin**

ten Jahren und Jahrzehnten eine ähnliche Rolle für das Wachstum spielen könnte wie in den letzten Jahren die Informationstechnologie. Nur schon die demografische Entwicklung und der medizinisch-technische Fortschritt geben dieser These eine gewisse Plausibilität.

Das Ziel bleibt aber weiterhin darin, das Prämienwachstum zu bremsen. Wir haben mit den bisherigen Massnahmen schon einiges erreicht. Die Prämienhöhung dürfte dieses Jahr die niedrigste seit Einführung des KVG 1996 sein. Auch in Zukunft ist durch eine grössere Transparenz und eine Verbesserung der Effizienz der Gesundheitsleistungen dafür zu sorgen, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis stimmt.

Die Schweiz tut aber auch gut daran, sich im internationalen Standortwettbewerb als «Gesundheitsland» zu positionieren. Die Schweiz soll im vorausgesagten «Gesundheitsboom» mit hochstehenden Leistungen überzeugen. Sie hat alle Voraussetzungen dazu, wenn sie die dafür notwendigen Reformen umsetzt.

Es bleibt ein letzter, wichtiger Punkt. Der Gesundheitsboom darf

nicht dazu führen, dass Kranke von der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Je mehr Gesundheit als «machbar» betrachtet wird, umso mehr besteht diese Gefahr. Es darf nicht sein, dass Krankheit grundsätzlich als selbstverschuldet angesehen wird. Die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken ist eine grosse Zivilisationsleistung. Sie bleibt die Maxime meiner Gesundheitspolitik.

**Pascal Couchepin**

## Kopf des Monats

### Léonard Bender

Der Vizepräsident der FDP Schweiz hat als Befürworter der beiden Migrationsvorlagen in der Westschweiz keinen leichten Stand. Er vertritt das doppelte Ja und das 4-Säulen-Konzept der FDP zur Migration aber mit Nachdruck und viel Engagement. Selbst politische Gegner mussten ihm schon attestieren, dass er die beiden Vorlagen ohne Polemik, sondern basierend auf den Fakten und mit viel Sachkenntnis vertritt. Für dieses Engagement gebührt Léonard Bender der Titel «Kopf des Monats».



**Léonard Bender,**  
der Kopf des Monats September.

## Geit's no?

Papier ist bekanntlich geduldig und erträgt auch die unverfrorensten Dreistigkeiten. So geht die SP mit einem Spendenbrief auf Geldfang zur KOSA-Initiative, der seinesgleichen an Falschaussagen sucht. So wird beispielsweise behauptet, KOSA sei «heute der einzige konkrete Vorschlag, um die AHV-Rente langfristig zu sichern». Auch die SP sollte eigentlich wissen: Nach Ablehnung der KOSA-Initiative fliessen 7 Milliarden Franken aus den überschüssigen Goldreserven der AHV in den AHV-Fonds. Dieser Vorschlag ist ziemlich konkret und auch wesentlich sicherer, als die AHV auf unsichere mög-

liche Gewinne der Nationalbank zu bauen. Die Aufforderung «Mit Ihrer Spende für eine erfolgreiche Abstimmungskampagne sichern Sie die AHV-Rente» ist deshalb reichlich dreist. Den Bürgerinnen und Bürgern glauben zu machen, mit der Finanzierung der SP-Kampagnenmaschinerie würde die AHV gesichert, ist ein reines Täuschungsmanöver. Dieser Brief gehört in die Kategorie dubioser Gewinnversprechungen zwielichtiger Firmen und aus diesem Grund auf direktem Weg in den Abfalleimer.

Parteitag

## Lust auf Zukunft?

Am 16. September treffen sich liberal Denkende aus der ganzen Schweiz in Zürich zum Parteitag der FDP. Seien auch Sie mit dabei, wenn wir die Zukunft der Schweiz diskutieren.

### Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Die FDP hat den modernen Bundesstaat geprägt wie keine andere Partei. Eine gemeinsame Währung, gemeinsame Märkte durch Abschaffung von Zöllen, gemeinsame Sicherheitspolitik, landesweite Infrastruktur, gemeinsame Institutionen des Staates und der Bildung sind freisinnige Errungenschaften, welche die Schweiz bis heute prägen. Alle diese Errungenschaften wurden von freisinnigen Pionieren durchgesetzt.

Wir wollen nicht in der Vergangenheit schwelgen, müssen uns aber bewusst sein, auf welchem Fundament unser Gemeinwesen steht, wenn wir die Zukunft gestalten wollen.

### Stehen geblieben

Vom Pioniergeist, mit dem die liberalen Freisinnigen den modernen Bundesstaat gebaut haben, war in den letzten Jahrzehnten nicht mehr viel zu spüren. Die Schweiz ist stehen geblieben und hat tatenlos zugehört, wie andere Staaten punkto Kreativität, Produktivität, Wachstum und in Bezug auf viele andere Krite-



rien an ihr vorbeizogen. Die Unkultur der Übertreibungen hat dafür gesorgt, dass sich die Schweiz nicht mehr bewegt hat, und wer sich nicht bewegt, hat auch keinen Erfolg. Dies müssen wir – zum Teil schmerzhaft – immer wieder feststellen.

### Zukunft gestalten

Die FDP setzt hier einen Gegenpol. Wir sind daran, die modernste Positionierung aller Parteien zu erarbeiten. Wir packen die Themen an, welche für die Zukunft unseres Landes und damit für die Bürgerinnen und Bürger relevant sind: Die FDP kämpft für eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz. Mit konkreten Projekten gestalten wir aktiv die Zukunft unseres Landes, damit wir wieder dorthin gelangen, wo wir sein wollen: an die Spitze.

### Lust auf Zukunft!

Während die anderen Parteien verwalten, wollen wir gestalten. Die

FDP ist die einzige Partei, welche Lust auf Zukunft hat. Einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg Richtung Zukunft legen wir am 16. September in Zürich. Aus diesem Grund lade ich Sie herzlich ein, mit

dabei zu sein, wenn wir diese Zukunft diskutieren.

Programm auf Seite 4

## Anmeldetalon

Parteitag «Lust auf Zukunft» – 16. September 2006 in Zürich

- Ich nehme teil am Parteitag
- Ich kann nicht teilnehmen

Angemeldete erhalten vor Ort den neuen FDP-Pin!

Vorname, Name

Strasse/Nr.

PLZ, Ort

Kanton

Anmeldungen werden per Fax entgegengenommen:  
031 320 35 00.

Anzeige

Recht verstehen...

*Ihr Weg  
zum Recht.*

www.binderlegal.ch  
T 056 204 02 00  
T 062 832 10 50

**Binder**  
rechtsanwälte

Schweizerische Nationalbibliothek NB  
Bibliothèque nationale suisse BN  
Biblioteca nazionale svizzera BN  
Biblioteca nazionale svizra BN

FDP

FDP Zürich

## Ursula Gut neue Regierungsrätin



Mit der Wahl von Ursula Gut ist ein wichtiger Schritt erfolgt zur Sicherung und Verstärkung einer liberalen, bürgerlichen Politik im Kanton Zürich. Der links-grünen Verhinderungspolitik haben die Wählenden eine klare Absage erteilt. In der Bau- und Verkehrspolitik sollen alle Infrastrukturen sichergestellt werden, die für eine hohe Lebensqualität und florierende Wirtschaft nötig sind. Die FDP wird Regierungsrätin Ursula Gut nach Kräften unterstützen, eine fortschrittliche Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verwirklichen.

Begegnungen in St. Gallen

## Karin Keller-Sutter setzt auf zwischenmenschliche Kontakte

Menschen, die sich eigenverantwortlich für andere einsetzen, leisten einen wichtigen Beitrag an den Zusammenhalt der Gesellschaft. Oft tun sie dies im Hintergrund, ohne grosse Worte darüber zu verlieren. Diese Menschen wird Regierungsrätin Karin Keller-Sutter in ihrem Amtsjahr in den Vordergrund rücken und ihnen Dank und Wertschätzung ausdrücken. Verschiedene Begegnungsanlässe werden stattfinden – der erste am 14. September 2006 in Wattwil. Zu Talkrunden unter Moderation von Mona Vetsch und Marco Fritsche werden breite Gruppen eingeladen und zu Wort kommen. Dabei wird ihr vielfältiges Engagement aufgezeigt. Menschliche Begegnungen – eine tolle Idee. Danke, Karin Keller-Sutter!

## Veranstaltungshinweis

# Parteitag der FDP am 16. September 2006 in Zürich

### Programm

10.00 Türöffnung / Kaffee

10.30 **Begrüssung**

#### **Wir sind die positive Kraft der Schweiz**

Parteipräsident Fulvio Pelli, Nationalrat (TI), FDP

#### **Offene Schweiz – Die Schweiz ist ein modernes Land**

Lena Schneller, Präsidentin jungfreisinnige schweiz

Hans Altherr, Ständerat (AR), FDP

#### **Intelligente Schweiz – Leistung muss sich lohnen**

Christa Markwalder-Bär, Nationalrätin (BE), FDP

Christian Heydecker, Parteipräsident FDP SH

Pierre Maudet, Parteipräsident FDP GE

#### **Liberale Politik konkret**

##### **Die neue Strategie auf der Ebene der Kantone und Gemeinden**

Carla Speziali, Stadtpräsidentin Locarno, FDP

Léonard Bender, Präsident FDP VS

Verena Gick, Stadträtin Winterthur, FDP

Kurt Fluri, Stadtpräsident Solothurn, FDP

#### **Vier Themen – vier Podien**

##### *Intelligente Schweiz*

Ruedi Noser, Nationalrat (ZH), FDP

Daniel Vischer, Nationalrat (ZH), Grüne

##### *Offene Schweiz*

Peter Briner, Ständerat FDP (SH), FDP

Pirmin Schwander, Nationalrat (SZ), SVP

##### *Wachsende Schweiz*

Markus Hutter, Nationalrat (ZH), FDP

André Daguét, Nationalrat (BE), SP

##### *Gerechte Schweiz*

Christine Egerszegi, Nationalrätin (AG), FDP

##### **Die liberale Frauenlobby**

Marianne Dürst, Präsidentin FDP Frauen

##### **Liberale Politik – auch in Zukunft**

##### **Mentoringprogramm der jungfreisinnigen Schweiz**

Simon Hofstetter, Generalsekretär jungfreisinnige

##### **Liberale Politik – erfolgreich umgesetzt**

Parteipräsident Fulvio Pelli

Prämierung der Ortspartei für ihre erfolgreiche Umsetzung der Strategie

14.15 **Liberaler Ausblick**

Durch die Veranstaltung führt Eva Nietlispack, Kantonsrätin (SG) und Mitglied der Geschäftsleitung FDP Schweiz

Schaffhausen

**Ortspartei Neuhausen feiert 100-Jahr-Jubiläum mit Fulvio Pelli**



Fulvio Pelli

Am Dienstag, 12. September 2006, um 19 Uhr feiert die Ortspartei Neuhausen am Rheinfall im Kino Theater Central in Neuhausen ihr 100-Jahr-Jubiläum. Nach der offiziellen Begrüssung folgt ein Referat von FDP-Parteipräsident und Nationalrat Fulvio Pelli. Im Anschluss nimmt er zusammen mit Christian Heydecker (Präsident der FDP des Kantons Schaffhausen), Doris Fiala (Präsidentin der FDP des Kantons Zürich), Lena Schneller (Präsidentin der Jungfreisinnigen der Schweiz), Markus Anderegg (FDP-Einwohnerat Neuhausen am Rheinfall) an einer Diskussionsrunde teil.

Diese wird von Karl Hotz, Redaktor der «Schaffhauser Nachrichten», moderiert. Die FDP Neuhausen freut sich auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher!

Luzern

**FDP Luzern bringt die Leute zum ÖV**



**Mit der Sympathie-Card können Abonnenten des Luzerner Freisinns kostenlos auf den ÖV umsteigen.**

Anfang Juni 2006 hatten die Leserinnen und Leser des «Luzerner Freisinns» die Gelegenheit, mit der Sympathie-Card eine Tageskarte der Zentralbahn, eine Juniorkarte oder eine

6-Fahrten-Karte des Passepartout kostenlos zu beziehen. Innerhalb eines Monats sind über 1000 Kartenbestellungen eingegangen! Diese Aktion der Luzerner FDP und der öffentlichen Verkehrsmittel läuft weiter, und es ist zu wünschen, dass dieses Beispiel auch in anderen Kantonen Schule machen wird. Informationen finden Sie unter [www.fdp-lu.ch](http://www.fdp-lu.ch).

Zürich

**Aufbruch an der Langstrasse**

**In der Stadt Zürich haben sich die Kreisparteien 4 und 5 zusammengeschlossen.**

Im boomenden Westen der Stadt Zürich geht's aufwärts mit der FDP. Die Fusion zweier Kreisparteien zur FDP 4 + 5 hat sich als Innovationsmotor erwiesen und eine beachtliche Zahl an Parteieintritten mit sich gebracht. In diesem Quartier mit seinen vielfältigen Freizeitangeboten kommt der dynamische Auftritt der FDP gut an.

Zug



**FDP Sektion Cham unterwegs mit Wahlkampfauto**

**Mit Hilfe eines Wahlkampfautos will sich die FDP Sektion Cham für die kommenden Wahlen Stimmen einfahren.**

Im Kanton Zug sind Wahlen. Gemeinderats-, RPK-, Kantons-, Regierungs- und Ständeratswahlen. Für die Zeit vor und während der Wahlen hat die FDP Cham ein Sektions-Wahlkampfauto gestaltet. Dieses steht den Kandidaten, den Vorstandsmitgliedern der Sektion und deren Angehörigen zur freien Verfügung. Das Auto wird direkt an der Hauptstrasse im Herzen von Cham parkiert. So dient es auch bei Nichtgebrauch hervorragend als Werbeträger für die Partei und die Kandi-

daten. Dass so ein Auto entstehen konnte, ist der Initiative einer Kandidatin und einzelner Vorstandsmitglieder zu verdanken. Auch die Peugeot-Garage von Cham und die Siebdruckfirma, die das Auto gestaltet hat, haben mit günstigen Konditionen zum Gelingen dieser ausgesprochen werbeträchtigen und für den ganzen Vorstand und die Kandidaten praktischen Idee beigetragen. Vielleicht gibt es ja schon bald Nachahmer...

Schaffhausen

**Hoffnung für die Steuerzahler**

**Die Staatsrechnung 2005 präsentierte sich exzellent. Konsequenterweise verlangt die FDP eine Reduktion des Steuerfusses.**

Die Schaffhauser Staatsrechnung hat mit einem Rekordgewinn von 95 Millionen Franken abgeschlossen. Bereinigt man die ausserordentlichen Faktoren, resultiert immer noch ein satter Überschuss von 20 Millionen! Es werden jetzt also die Früchte der von der FDP geprägten bürgerlichen Finanzpolitik geerntet. Die FDP will, dass der Steuerfuss für das Jahr 2007 gesenkt wird, damit der Steuerzahler von den günstigen finanziellen Aussichten profitieren kann.

## Die neue Geschäftsleitung



NR Fulvio Pelli, Sorengo TI, Parteipräsident



NR Ruedi Noser, Hombrechtikon ZH, Vizepräsident Deutschschweiz



NR Gabi Huber, Aitdorf UR, Vizepräsidentin Deutschschweiz



Léonard Bender, Martigny VS, Vizepräsident Romandie



NR Felix Gutzwiller, Zürich, Präsident FDP-Fraktion



SR Erika Forster, St. Gallen, Vizepräsidentin FDP-Fraktion



NR Didier Burkhalter, Neuenburg, Vizepräsident FDP-Fraktion



Pascal Couchepin, Martigny VS, Bundesrat



Hans-Rudolf Merz, Herisau AR, Bundesrat



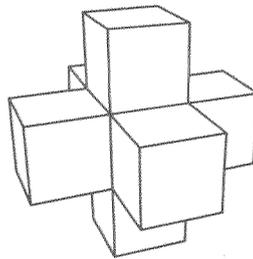
Marianne Dürst-Kundert, Glarus, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz



Lena Schneller, Küssnacht ZH, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz



Guido Schommer, Bern, Generalsekretär FDP Schweiz



SR Peter Briner, Schaffhausen



Corina Eichenberger, Kölliken AG



NR Charles Favre, Echallens



NR Kurt Fluri, Solothurn



NR Jean-René Germanier, Vétroz VS



NR Filippo Leutenegger, Zürich



NR Christa Markwalder Bär, Burgdorf BE



Johannes Matyassy, Gümlligen BE, Präsident FDP Bern



Pierre Maudet, Genf, Präsident FDP Genf



Véronique Monney, FDP Freiburg



NR Philipp Müller, Reinach AG



Eva Nietlispach Jaeger, St. Gallen



RR Sabine Pegoraro, Pfeffingen BL



NR Laura Sadis, Lugano



SR Fritz Schlessler, Glarus



NR Johann Schneider-Ammann, Langenthal BE



SR Rolf Schweizer, Baar ZG



NR Georges Theiler, Luzern



RR Christian Wanner, Messen SO

Interview

## Die KOSA-Initiative ist eine Illusion

Jean-Pierre Roth, Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Nationalbank (SNB), im Gespräch mit FDP-Vizepräsident Léonard Bender und Romain Clivaz (Generalsekretariat FDP Schweiz). Das Interview wurde am 15. Juni 2006 geführt.

*In einem kürzlich erschienenen Bericht zitiert der IMF die Geldpolitik der SNB als beispielhaft. Wie fassen Sie dieses Lob auf?*

Seit einigen Jahren betreiben wir tatsächlich eine transparente Fiskalpolitik und beobachten zurzeit eine Normalisierung der Zinssätze. Unsere Entscheidungen sind volkswirtschaftlich richtig, da wir über ein gesundes Wachstum ohne Inflationsdruck verfügen.

*Welche negativen Auswirkungen hat eine steigende Inflation?*

Die Inflation ist de facto eine Steuer für die wirtschaftlich Schwächsten. Die Inflation ist unsozial. Zudem behindert sie die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist eine Quelle von Verunsicherung und Unsicherheit. Die Inflation bremst das Wachstum.

*So wären zum Beispiel die Rentner von der Inflation betroffen?*

Ja. Die AHV wird zwar regelmässig angepasst, aber immer zeitversetzt. Preisstabilität ist daher der beste Weg, um die Kaufkraft der Rentner zu erhalten.

*Kommen wir zur KOSA-Initiative. Warum lehnen Sie diese ab?*

Sie beruht auf einer Illusion. Die zukünftigen Gewinnausschüttungen, von denen die Initiatoren ausgehen, sind masslos übertrieben. Sie gehen von 2,5 Milliarden jährlich aus. Diese Zahl ist falsch. Die SNB weiss genau, welchen Teil ihres Gewinns sie ausschütten kann; etwa eine Milliarde Franken. Weit weniger also, als die von der Sozialdemokratischen Partei genannte Summe.

*Sie verfügen doch über ein Vermögen von über 100 Milliarden Franken?*

Ja, aber der Bruttogewinn darf nicht mit dem ausschüttbaren Gewinn verwechselt werden. Wir müs-



Jean-Pierre Roth

sen in der Lage sein, Vermögen entsprechend unseren finanzpolitischen Bedürfnissen anzulegen. In einem gewissen Sinne ist die SNB die Versicherung für die Preisstabilität des Landes. Die Rendite unserer Anlagen zwischen 2001 und 2004 betrug zwischen 2 und 3%. Wir haben die Pflicht, unsere Reserven im Lauf der Zeit zu erhöhen. Unsere strategischen Geldreserven müssen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten.

*Sind Sie nicht allzu vorsichtig?*

Nein. Wir müssen unsere Anlagen erhöhen. Wenn wir dies nicht tun, werden wir über immer weniger Geldreserven verfügen. Und zu hohe Reserven besitzt die Schweiz sicher nicht; diese sind zurzeit höchstens vergleichbar mit denen von Norwegen oder Dänemark. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Verhältnis zwischen Reserven und BIP nicht verschlechtert.

*Wenn wir Sie richtig verstehen, beträgt der ausschüttbare Gewinn der SNB etwa eine Milliarde Franken?*

Genau. Deswegen sage ich ja, dass die KOSA-Initiative eine Illusion ist, denn für die AHV wird es keine freien Mittel geben. Diese enttäuschende Tatsache einmal festgestellt, wird die Politik intervenieren und fragen «Wo ist der Gewinn der SNB?». Anschliessend wird man uns dazu verleiten wollen, ein höheres Risiko einzugehen und Reserven abzubauen. Nicht weniger als unsere Glaubwürdigkeit und unsere Handlungsspielraum stehen daher auf dem Spiel.

*Heute besteht zwischen der SNB, dem Bund und den Kantonen ein bis 2012 geltendes Abkommen über die Verteilung des SNB-Gewinns. Was bezweckt dieses Abkommen?*

Ziel dieses Abkommens ist es, die Verteilung der SNB-Gewinne längerfristig zu planen, um dem Bund und den Kantonen ein regelmässiges Einkommen zu gewährleisten. Da unser Gewinn variabel ist, ist dies eine sehr vorsichtige Vorgehensweise.

*Worauf basiert der aktuelle Verteilungsschlüssel, der den Kantonen zwei Drittel und dem Bund ein Drittel des Gewinns zuteilt?*

Dieser Schlüssel ist historisch bedingt. Die Kantone sind Aktionäre; sie waren Inhaber der alten Notenbanken.

*Wie bewerten Sie die guten Arbeitsmarktzahlen in unserem Land?*

Die Zahlen sind gut und werden sich in den kommenden Monaten sogar noch verbessern. Die Situation ist erfreulich. Dennoch sollten zurzeit keine die 2%-Marke überschreitenden Wachstumsraten er-

wartet werden. Tendenziell ist unser Wachstum noch zu schwach. Dies gilt insbesondere angesichts der im Verhältnis gewichtigen Verschiebung zwischen der berufstätigen und der nichtberufstätigen Bevölkerung.

*Ist die schweizerische Dynamik vor allem dem starken Exportsektor zu verdanken?*

Die Schweiz ist eine Drehscheibe der globalisierten Wirtschaft, nicht nur ein kleines, exportorientiertes Land. Wir verfügen über 4,2 Millionen Arbeitsplätze im In- und über 1,8 Millionen im Ausland. Unsere Unternehmen haben die Herausforderung der Globalisierung angenommen. Vergleichbar ist die Schweiz nur noch mit Wirtschaftsplätzen wie Hongkong oder Singapur. Unser Binnenmarkt hingegen ist den Stimulierungen der Konkurrenz noch nicht voll ausgesetzt. Im Interesse der Beschäftigten und der Konsumenten ist aber mehr Konkurrenz nötig. Der IMF geht in seinem Bericht davon aus, dass dieser Schritt ein zusätzliches Wachstum von einem halben Prozentpunkt zur Folge hätte.

*Gemäss Ihnen ist den AHV-Rentnern mit zusätzlichem Wachstum also mehr geholfen als mit der KOSA-Initiative?*

Natürlich. Eine Verknüpfung zwischen der Notenbank und der AHV würde in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, dass die SNB in der Lage wäre, den finanziellen Bedarf der AHV zu decken, und dass eigentlich unbedingt notwendige Reformen eben doch nicht nötig wären.

## Glückliche FDP – aber weiss sie es?

Das Prinzip in der Politik ist oft einfach: Erfolge auf die eigene Fahnen heften und für jeden Fehler und jedes Unglück einen Schuldigen vorführen! Die FDP hat sich in den letzten paar Jahren geradezu für die Schwarzpeter-Rolle angeboten. Sie hat sich kaum gewehrt, statt dessen aber unbeirrt die Arbeit geleistet. Dafür nicht wenig: Die Wirtschaft läuft wieder wie geschmiert! Ständig werden die Wachstumsprognosen nach oben korrigiert. Die Arbeitslosigkeit ist so tief wie schon lange nicht mehr. Die Fluggesellschaft Swiss schreibt schwarze Zahlen und vergrössert die Langstreckenflotte. Der heutige Bundesrat Blocher hat der Swiss öffentlich gewünscht, dass sie scheitern möge. Nun steht auch fest, dass die Schwarzmalerei bei der Personenfreizügigkeit mit der EU komplett falsch gelegen sind. Bundesrat Merz schafft die Trendwende bei den Bundesfinanzen und budgetiert ein tiefschwarzes Plus im Bereiche von einer Milliarde Franken für nächstes Jahr. Gute Zahlen werden auch schon dieses Jahr erwartet. Die Kritiker von Bundesrat Couchepin müssen heute neidlos eingestehen, dass das Kostenwachstum im Gesundheitswesen stark gebremst ist – und dies nicht erst für 2007.

All diese positiven Nachrichten haben etwas gemeinsam: Sie sind nur wenige Wochen alt! Hinter diesen Erfolgen steckt sehr viel schweisstreibende Arbeit und Beharrlichkeit von Freisinnigen. Den damaligen «Schlechtparleuren» passt aber so viel Erfreuliches auf einmal nicht in den Kram, weil damit keine politischen Stimmungen aufgeheizt werden können. Früher hiess es im Lande: «Wenn es der FDP gut geht, geht es auch der Schweiz gut.» Der Schweiz geht es wieder gut, im Vergleich mit vielen anderen Staaten sogar sehr gut! Das kollektive Glück will aber noch nicht so recht auf den Freisinn einwirken. Der FDP wünsche ich deshalb mehr Mut und Selbstbewusstsein, von Erfolgen zu reden. Nicht überheblich und ohne Zwang, aber ein offenes, unverkrampftes Sichfreuen. Getreu dem Motto: Freude an der Politik!

**Othmar Wüest, Grosswangen**

## Das ist Weitblick

Als vor einiger Zeit das neue FDP-Logo «FDP – Wir Liberalen» präsentiert wurde, war ich nicht begeistert. Vor allem darum, weil gegenüber dem alten Logo die rote Farbe weggelassen wurde. Nachdem ich dieser Tage ein FDP-Inserat in der Tagespresse entdeckt hatte, wurde mir einiges klar. Dort hiess es: Dank der FDP sehen Sie beim Bundes-Budget nicht mehr rot. Ich habe meine Meinung geändert. Die FDP-Geschäftsleitung hat bei der Logo-Gestaltung Weitblick an den Tag gelegt. Sie hat es Bundesrat Hans-Rudolf Merz gleich getan, der im Budget 2007 die roten Zahlen ebenfalls ausmerzt.

**Ruedi Schläpfer, Rickenbach**

## Thurgauer FDPler nutzten die Chance

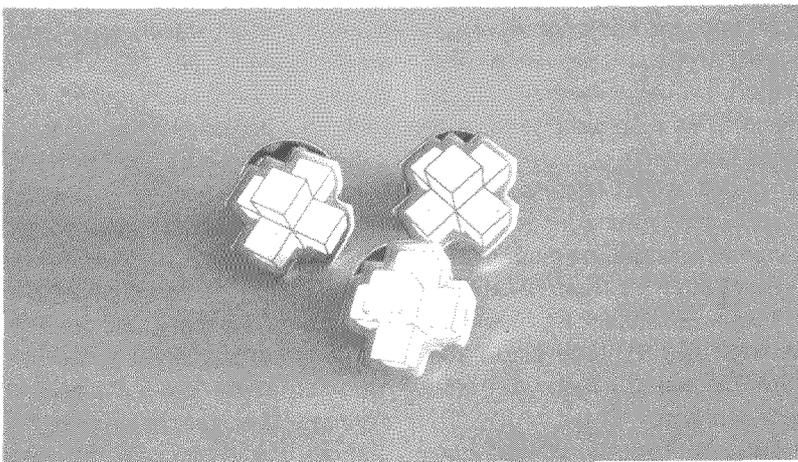
Einmal mehr nutzten die Thurgauer Freisinnigen die Chance für einen Auftritt am 1. August, um so für die bevorstehenden Wahlen ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Nebst einigen Parteilosen nahmen 14 Freisinnige die Gelegenheit wahr, im Thurgau eine 1.-August-Rede zu halten. Dabei waren sie einsame Spitze. Lediglich sieben SVP-, fünf CVP- und drei SP-Mitglieder taten es ihnen gleich. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Freisinnigen gemerkt haben, dass ein Auftritt vor einigen hundert Zuhörern nie früh genug genutzt werden kann. Hinzu kommt, dass vor dem 1. August ihre Namen in allen Zeitungen, Gemeindeblättern und auf Flugblättern erscheinen. Nach der Bundesfeier wird zudem in den Zeitungen über ihre politischen Aussagen berichtet. Dabei darf man nicht vergessen, dass solche Auftritte die Partei- bzw. Wahlkampf-Kassen nicht belasten.

**Ruedi Schläpfer, Rickenbach**

### Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz, Redaktion «Freisinn», Postfach 6136, Neuengasse 20, 3001 Bern, gnaegi@fdp.ch

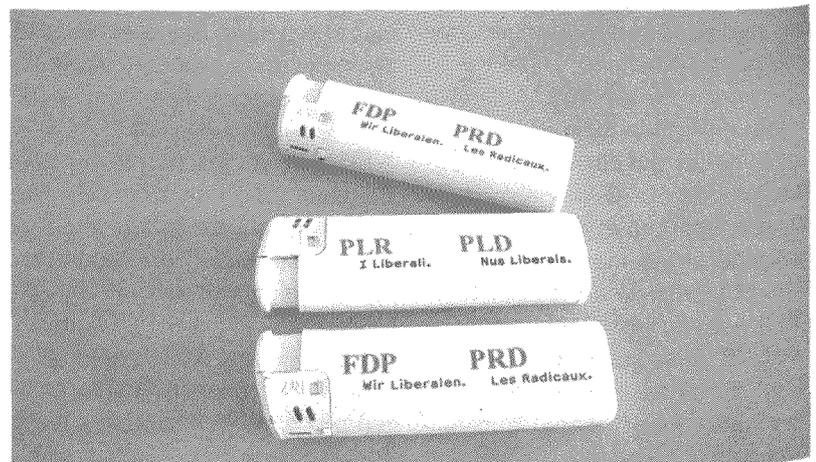
## Gadgets



### FDP-Pin

**Klein, fein und chic – der FDP-Pin!**

Preis: Fr. 3.–/St. zuzüglich Porto und Verpackung



### Feuerzeug

**Entflammen Sie die Herzen unserer (zukünftigen) Wählerschaft!**

Preis: Fr. 50.–/50 St. zuzüglich Porto und Verpackung

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst

## Vertrauenssache

Den Vereinsmitgliedern der FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst stehen neu drei Vertrauensanwälte für Beratungen zur Verfügung.

**Von Susanna Bühler, Präsidentin FDP Vereinigung öffentlicher Dienst**

Während früher die Basis der FDP wohl eher aus Unternehmerräumen bestanden hat, sind heute ein Grossteil der FDP-Liberalen-Mitglieder der arbeitnehmenden Basis zuzuordnen

Viele freisinnige und liberaldenkende Angestellte arbeiten in den Verwaltungen in allen Hierarchiestufen. Viele in der Bundesverwaltung. Einige von ihnen haben sich in Personalorganisationen zusammengefunden. Vermehrt auch in unserer FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst. Das bedeutet Vertrauen. Diesem Vertrauen, das auf diese Weise der Partei, unserer Vereinigung, aber auch mir als Präsidentin entgegengebracht wird, stehen wir in der Pflicht.

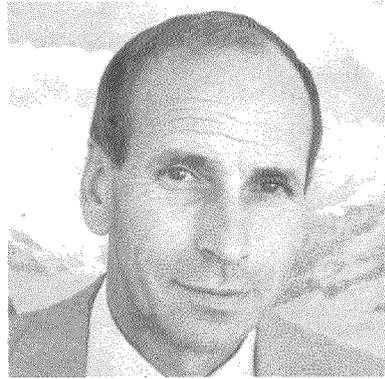
Viele Reorganisationen haben und drüber, mit allen Mit- und Nebenerscheinungen, hinterlassen oft Spuren, die wenig rühmlich sind. Das Personal wird längst nicht mehr überall einbezogen. Die Information ist oft dürftig oder fehlt gänzlich. Intrigen und Ungerechtigkeiten treffen einzelne Arbeitnehmende in der Verwaltung hart. Gerade ältere Arbeitnehmende sind teilweise besonders betroffen und von Führungskräften



**Annemarie Lehman-Schop**

und der Politik allein gelassen. Unterschiedlich interpretiertes Personalrecht, unklare Strukturen und Zuständigkeiten wirken auf die Angestellten nebulös. Als logische Folge und oft als einziger Ort der beruflichen Gemeinschaft haben Personalvereinigungen – unabhängig der politischen Kolorierung – heute eine grosse soziale Verantwortung. Dieser Verantwortung sind sich auch die FDP und die Liberalen bewusst geworden. Sie reagieren heute sensibler auf personalpolitische Ereignisse. Die Erkenntnisse wirken sich bereits positiv aus: Zum Beispiel gründeten wir eine Plattform für liberale Angestelltenpolitik, eine Veranstaltung dazu fand statt im Februar 2006 ebenso eine Präsentation an der Präsidentenkonferenz im März 2006 in Glarus; oder wir führten im März 2006 sehr erfolgreich eine Podiumsveranstaltung durch zum Thema «Publica». In der Sommersession wurde aus unserer Fraktionsmitte eine Interpellation eingereicht mit Fragen zur Aushöhlung des Bundespersonalrechts.

Anlässlich der Generalversammlung im November 2005 habe ich das Pilotprojekt für einen Vertrauensanwalt für unsere Vereinsmitglieder vorgestellt mit dem Ziel, unseren Mitgliedern eine Vertrauens-



**Jürg Rieben**

stelle zu schaffen bei Problemen aus dem Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis. Die Generalversammlung hat dem Vorhaben im Grundsatz zugestimmt.

Unsere Vereinsmitgliedern stehen nun drei Vertrauensleute für Beratungen zur Verfügung. Die Einzelheiten dazu sind in einem gesonderten Merkblatt geregelt. Dieses



**Martin Zwahlen**

kann über [www.fdp.ch/FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst «Vertrauenssache»](http://www.fdp.ch/FDP-Vereinigung-oeffentlicher-Dienst-Vertrauenssache) abgerufen werden.

Sie arbeiten ebenfalls in der Verwaltung? Werden auch Sie Mitglied in der FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst und stärken Sie durch Ihre Mitgliedschaft unseren Einsatz in personalpolitischen Fragen!



**Susanna Bühler**

Nominierungen für den  
Auslandschweizer-Preis 2007



**Wer hat aussergewöhnliches Engagement zugunsten der „fünften Schweiz“ gezeigt?**

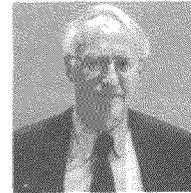
Für den hoch dotierten Auslandschweizer-Preis der FDP Schweiz International werden Personen oder Institutionen gesucht, die sich für die Anliegen der Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen im Aus- und Inland in ausserordentlichem Masse verdient gemacht haben.

**Nominieren Sie jetzt Ihren Favoriten!**

Der Auslandschweizer-Preis wird im Frühjahr 2007 zum sechsten Mal verliehen. Alle Eingaben werden von einer hochkarätigen Jury bewertet.

Weitere Informationen und das Formular zur Einreichung einer Nomination unter: [www.fdp-schweiz-international.com](http://www.fdp-schweiz-international.com)

Nominationen müssen bis spätestens am 10. November 2006 eingereicht werden.



Preisträger 2006:  
Leo Schelbert, Chicago

Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger:

- 2005 Thomas Straubhaar, Hamburg (D)
- 2004 Hans Rudolf Würzler, Misiones (Arg)
- 2003 Linda Geiser, New York (USA)
- 2002 Raymonde Bertoud, Budapest (Ung)

**FDP**  
Wir Liberalen.

**PRD**  
Les Radicaux.

**PLR**  
I Liberali.

**PLD**  
Nus Liberals.

## Osthilfe sichert Bilaterale und stärkt Wirtschaft

Der auf fünf Jahre verteilte Betrag sichert die bilateralen Verträge ab und verteidigt unsere handfesten Interessen. Der Betrag wird grösstenteils mit Einsparungen kompensiert und ist daher eine gute Investition für unsere Wirtschaft.

Von **Georges Theiler**,  
Nationalrat Luzern



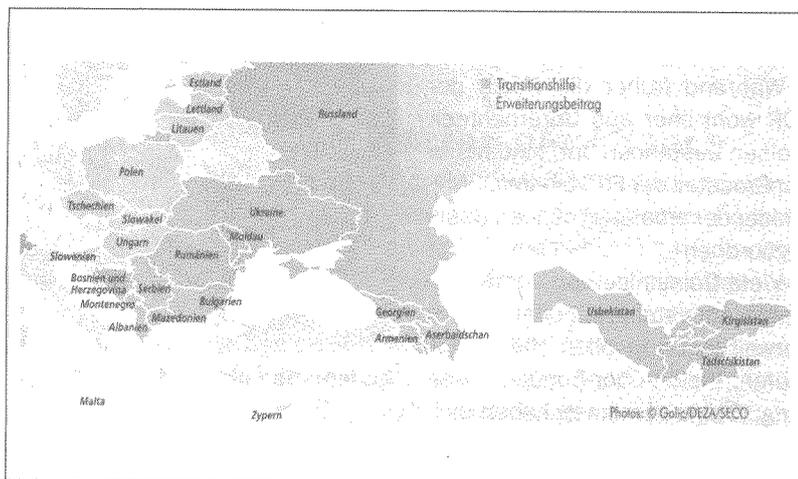
**Georges Theiler**

Die Osthilfe bezeichnet den Betrag, welchen die Schweiz gemäss Bundesratsbeschluss vom 12. Mai 2004 bereit ist, den ärmsten Regionen der EU zukommen zu lassen. Es würden über fünf Jahre 200 Millionen jährlich ausbezahlt. Der Betrag soll nicht in den Kohäsionsfonds der EU fliessen, und die Schweiz würde selbst entscheiden, welche Projekte unterstützt werden. Der Betrag würde nur beschränkt zusätzliche Mittel erfordern, da er mehrheitlich aus den beteiligten Departementen EVD und EDA erbracht und somit kompensiert werden muss. Der Betrag würde teilweise die bisherige Schweizer Osthilfe im Umfang von 1,2 Milliarden ersetzen. Bedingung für die Auszahlung dieses Betrages ist allerdings das ungetastete Bankgeheimnis. Die Vorlage ist umstritten: Die Rechte pocht darauf, dass in den bilateralen Verträgen nichts von einem finanziellen Beitrag steht. Die Linke stört sich vor allem an der Tatsache, dass der Betrag teil-

weise auf Kosten der Entwicklungshilfe bereitgestellt wird.

### Politischer und ökonomischer Nutzen

Einmal mehr gehen bei einer Vorlage die Linken und die Rechten eine unheilige Allianz ein. Auch wenn die Motive unterschiedlich sind, so gefährden sie mit ihrer Opposition die bilateralen Verträge der Schweiz mit der Europäischen Union. Oder anders ausgedrückt:



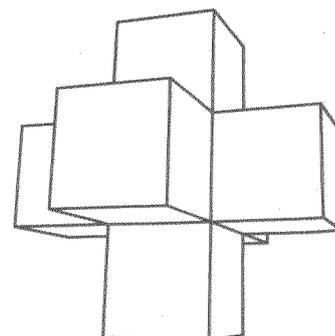
**Die Empfängerstaaten der Osthilfe.**

Die Osthilfe – verteilt auf fünf Jahre – sichert die bilateralen Verträge ab. Mit dem Kohäsionsbeitrag sind handfeste politische und wirtschaftliche Interessen verbunden. Politisch zieht die Schweiz den grössten Vorteil aus einem sicheren und stabilen Europa. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Migrantenströme gestoppt werden können, wenn sich die ökonomische und damit auch die politische Situation im Osten verbessert. Die Beispiele Polens, Ungarns und Tschechien belegen dies auf eindrückliche Art und Weise.

Der wirtschaftliche Gewinn wiederum liegt in den Perspektiven, in den Handelsmöglichkeiten mit immer interessanter werdenden Partnern! Wenn zwei Partner fruchtbare Beziehungen eingehen wollen, müssen sie sich auch kooperativ und verantwortlich zeigen. Die Osthilfe ist der – für die Schweiz durchaus erschwingliche – Preis dafür, ein Preis für eine Fortsetzung der guten Beziehungen unseres Landes zur EU als wichtigster Handelspartnerin.

Die Bilateralen II haben es uns deutlich vor Augen geführt: Dank dieser Verträge hat sich die ökonomische Situation unseres Landes stark verbessert; das Wachstum ist stärker als zuvor, und die Konsumlust ist gestiegen – mit äusserst positiven Auswirkungen auf unseren Bundeshaushalt!

Das wollen wir nicht gefährden. Die Osthilfe ist eine gute Investition, einerseits mit Auswirkungen für unsere Wirtschaft, andererseits positioniert sie die Schweiz als gute und weitsichtige Nachbarin. Das soll auch in Zukunft so sein!



Wort des Monats

### Wohlstand

Nur eine leistungsfähige Wirtschaft schafft Wohlstand. Aus diesem Grund muss ein attraktives Umfeld geschaffen werden, welches der Wirtschaft diese Leistungsfähigkeit ermöglicht. Dank Wettbewerb wird die Wirtschaft innovativ, marktwirtschaftliches Denken macht die Schweizer Wirtschaft international konkurrenzfähig. Auch die Wirtschaft selber muss sich den aktuellen Herausforderungen

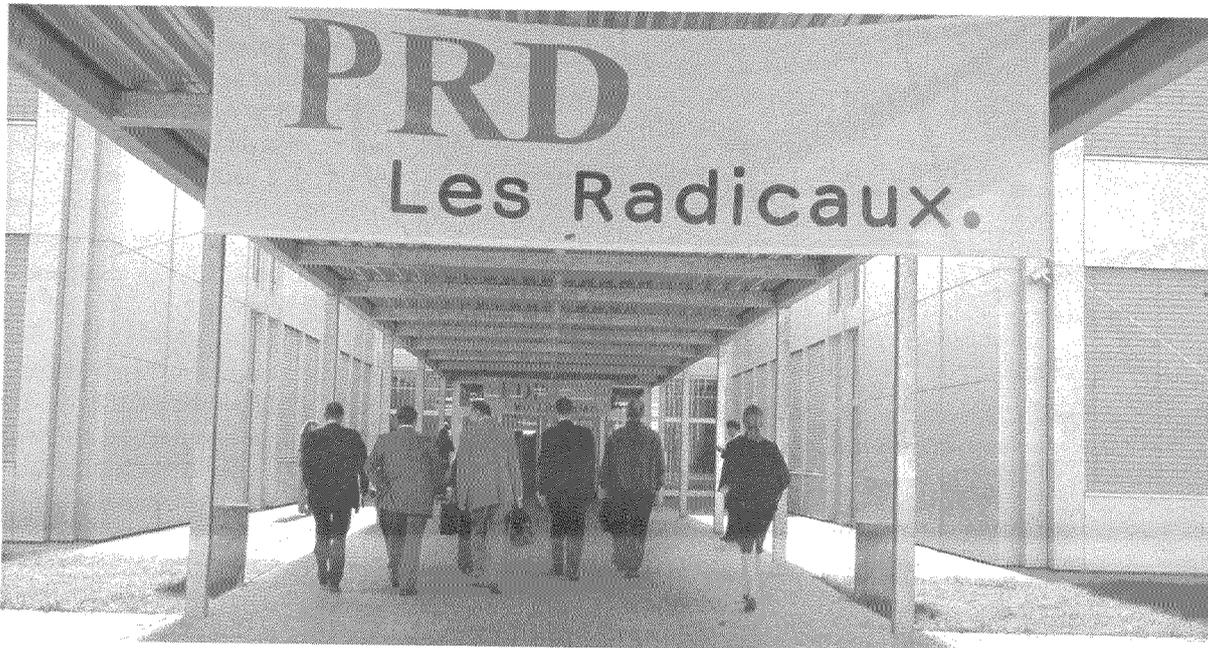
stellen und Chancen sehen anstatt Risiken. Nur so wird Wohlstand geschaffen – und zwar nicht nur im engeren Sinn: Auch unsere Sozialwerke sind in hohem Masse davon abhängig, dass die Wirtschaft wächst, weil nur eine wachsende Wirtschaft ihren Beitrag zur Finanzierung dieser Sozialwerke leisten kann. Deshalb gilt: Nichts ist sozialer als Wachstum.



Delegiertenversammlung in Murten

## Klares Ja zur Osthilfe und spannende Diskussionen zur Integration

Am ersten Tag der zweitägigen DV von Murten war das Osthilfegesetz das Schwerpunktthema. Die Delegierten der FDP bekannten sich mit 175 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme klar zum Osthilfegesetz, worüber am 26. November abgestimmt wird.



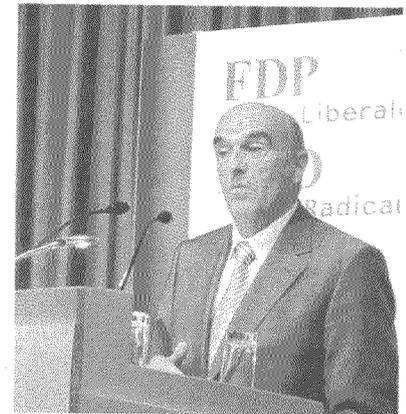
Die Delegierten auf dem Weg zur DV ins Schulhaus Murten.

Am Freitag stand ebenfalls die Wahl einer neuen FDP-Vizepräsidentin auf dem Programm. Die Urner Nationalrätin Gabi Huber wurde einstimmig gewählt. Weiterhin auf die Unterstützung der Delegierten können auch der Präsident Fulvio Pelli sowie die Vizepräsidenten

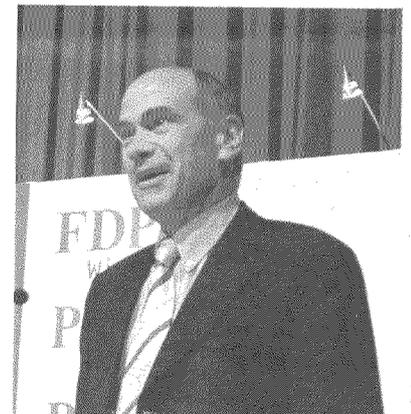
Ruedi Noser und Léonard Bender zählen. Sie wurden allesamt einstimmig im Amt bestätigt. Präsident Pelli hat sich in seiner Ansprache in unmissverständlichen Worten gegen die KOSA-Initiative ausgesprochen.



Die Präsidentin der jungfreisinnigen Schweiz, Lena Schneller.



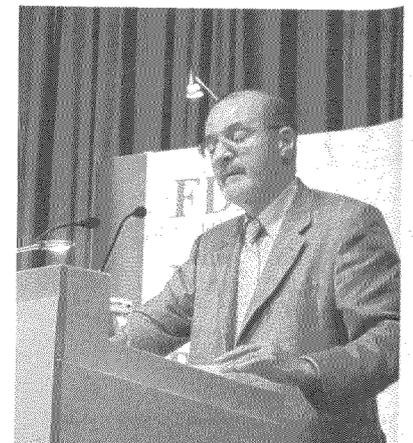
Bundesrat Hans-Rudolf Merz.



Ständerat Peter Briner erläutert die Vorteile des Osthilfegesetzes.



Männerrunde: Guido Schommer, Hans-Rudolf Merz, Pascal Couchepin, Fulvio Pelli (v. l. n. r.).



Ansprache von Fulvio Pelli.

Projekt «offene Schweiz»

Der zweite Teil der Murtener DV war ganz dem Thema Integration gewidmet. Wobei bald einmal festgehalten wurde, dass sich die Freisinnigen an einen weitgehenden Begriff von Integration halten und nicht ausschliesslich die Integration von Ausländern thematisiert wird.

Die Stadträtin Jacqueline de Quattro aus der waadtländer Gemeinde La-Tour-de-Peilz moderierte ein Podium zur Arbeitsmarkt-Integration, wo neben den Luzernern Otto Ineichen (Nationalrat) und Albert Vitali (Fraktionschef der FDP im Luzerner Parlament) auch die Vizepräsidentin der FDP Genf, Marion Garcia, teilnahm.

Der Appenzeller Ständerat Hans Altherr und die Präsidentin der jungfreisinnigen, Lena Schneller, führten die anwesenden Delegierten

durchs weitere Programm. Um eine möglichst breite Abstützung zu erreichen und die Basis mit einzubeziehen, wurden die Forderungen der FDP-Geschäftsleitung zur Integrationspolitik als Fragen an die Delegiertenversammlung formuliert. Die Abstimmung zu den Fragen war nicht immer eindeutig. Wenig zu diskutieren gab die Frage, ob das Tragen von Schuluniformen an staatlichen Schulen befürwortet wird. Diese Idee wurde klar verworfen. Die Frage, ob es Per-

sonen, welche öffentliche Institutionen vertreten, untersagt sein soll, religiöse Symbole zu tragen, gab Anlass zu spannenden Diskussionen. Die Delegierten stimmten schliesslich klar gegen diese Idee.

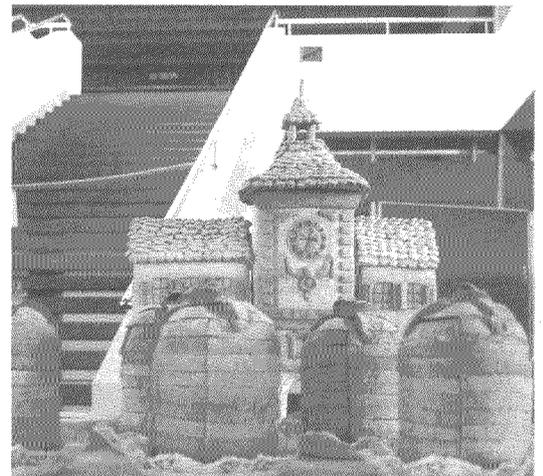
Gesamthaft gesehen standen die Delegierten jedoch hinter dem liberalen Integrationspapier und waren der Meinung, dass ein solches für die Schweiz wichtig ist.



**Marianne Kleiner – danke für die wertvolle Arbeit.**



**Nicht immer fielen die Entscheide so klar aus.**



**Verpflegung für die Delegierten – mit Liebe zum Detail.**



**Verabschiedung: Charly Haenni, Präsident der FDP Freiburg.**



**Otto Ineichen (NR FDP LU), Marion Garcia (FDP GE), Moderatorin Jacqueline de Quattro, Albert Vitali (FDP LU) v.l.n.r.**

## Neue Wege zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Anlässlich der Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz im März dieses Jahres hat Regierungsrätin Marianne Dürst die Idee von Kinderbetreuungsgutschriften auf der Basis eines aus Arbeitgeberkreisen stammenden Modells lanciert.

**Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

Damit sollen erwerbstätige Eltern gezielt unterstützt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Ständerätin Erika Forster (SG) und FDP-Fraktionschef Felix Gutzwiller (ZH) haben eine entsprechende Interpellation auf nationaler Ebene eingereicht. Nun hat die Zürcher Kantonsrätin Regine Sauter zur Freude der FDP-Frauen die Idee aufgenommen und fordert einen Pilotversuch für Betreuungsgutscheine im Kanton Zürich.

Seit Jahrzehnten kämpfen freisinnige Frauen und Männer für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter. Die FDP-Kantonsratsfraktion greift in einem aktuellen Vorstosspaket erneut Forderungen nach effizienten und pragmatischen Lösungen für die Errichtung und den Betrieb von Kinderbetreuungs(tages)stätten auf. Gänzlich neue Wege beschreitet sie im Bereich der Finanzierung familienergänzender Kinderbetreuung. Die Regierung wird in einem Postulat von Kantonsrätin Regine Sauter aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, um ein in Arbeitgeberkreisen entstandenes Modell zu prüfen. Dieses kostenneutral ausgestaltete Modell sieht vor, dass künftig konzentriert Betreuungsgutschriften in der Vorschulzeit ausgerichtet werden, statt wie bis anhin im Giesskannenprinzip Kinderzulagen.

### Neue Wege

Regine Sauter greift in ihrem Postulat ein Modell auf, welches von der volkswirtschaftlichen Abteilung der Credit Suisse entwickelt und



**Glückliche Kinder – zufriedene Eltern: Kindertagesstätten fördern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Sozialkompetenz und -integration von Kindern.**

Bild: Christian Mathis

anlässlich der Generalversammlung der FDP-Frauen Schweiz von Regierungsrätin Marianne Dürst lanciert wurde. Im Kanton Zürich sollen nach dem Willen der Postu-



**Die Zürcher Kantonsrätin Regine Sauter fordert einen Pilotversuch mit Betreuungsgutschriften im Kanton Zürich.**

lantin die Voraussetzungen geschaffen werden, um in einem Pilotversuch die nachfrageorientierte Finanzierung familienexterner Kinderbetreuung zu testen. Die bisherige Ausrichtung von Kinderzulagen soll neu unter Berücksichtigung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile in Form von Betreuungsgutschriften erfolgen.

Dieses Modell trägt den sich wandelnden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und individuellen Bedürfnissen besser Rechnung.

### Hohe Hürden

Flankierend fordert die Zürcher FDP-Kantonsratsfraktion, die hohen Hürden für die Errichtung einer Kinderkrippe abzubauen. Gegen übermässige bauliche Vorschriften wendet sich ein Postulat von Carmen Walker Späh (FDP Zürich), eine Abkehr vom Perfektionismus bei den Krippeneinrichtungen verlangt Brigitta Johner (FDP Urdorf), und

Gabriela Winkler (FDP Oberglatt) will dem Mangel an qualifiziertem Betreuungspersonal mit einer Erweiterung der Zulassungsbedingungen für Wiedereinsteigerinnen begegnen. Keiner der 3 Vorstösse zielt auf einen Qualitätsabbau in der Betreuung. Im Gegenteil: Gerade die Rekrutierung von erfahrenen Müttern und Grossmüttern für die Betreuungsarbeit könnte ein Beitrag für Kontinuität bei den Bezugspersonen sein – laufende Projekte in verschiedenen Kantonen machen es vor.

Die FDP-Frauen Schweiz sind über das Zürcher Massnahmenpaket hoch erfreut. Der Abbau von bürokratischen Hürden sowie vom Bund – wie in der Antwort auf die Interpellation Gutzwiller/Forster in Aussicht gestellt – unterstützte Pilotversuche mit Betreuungsgutschriften in verschiedenen Landesteilen wären ein wichtiger Schritt hin zur dringend nötigen besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind dafür!

Die einzelnen Vorstösse sind abrufbar unter [www.fdp-frauen.ch](http://www.fdp-frauen.ch).

Abstimmung

### Nein zur KOSA-Initiative

Die FDP-Frauen Schweiz sagen Nein zur gefährlichen KOSA-Initiative. Die Vorlage ist eine Mogelpackung, die mittel- bis langfristig zu einer Destabilisierung der Altersvorsorge führt, weil sie dringende und nötige Reformen verhindert, die Kantone und die Nationalbank schwächt.

Wahl

## Gabi Huber wird neue Vizepräsidentin

Die FDP-Frauen gratulieren ihrer Wunschkandidatin herzlich zur glanzvollen Wahl an der DV Murten. Sie sind überzeugt, dass Gabi Huber ihre langjährige Exekutiv- und Legislativ-erfahrung sowie ihr Engagement für die Frauen und den Freisinn innerhalb und ausserhalb der Partei als Vizepräsidentin optimal einbringen und damit Fulvio Pelli unterstützen und ergänzen kann.

**Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz**

Gabi Huber empfahl sich den Delegierten mit ihrem expliziten Bekenntnis zum Freisinn: «Vor 22 Jahren bin ich dieser Partei beigetreten, und zwar sehr bewusst und aus Überzeugung. Um nichts in der Welt möchte ich einer anderen Partei als der FDP angehören!» Das Amt als Vizepräsidentin strebe sie, wie all ihre bisherigen Mandate, aus Freude und Interesse an der Politik an. Sie wolle mitgestalten, anstatt nur zuzuschauen.

### Mit Leib und Seele freisinnig

Sie führte aus, dass man nicht mit allem und jedem Detail der Partei einverstanden sein muss. Entscheidend sei das Fundament – das muss stimmen! Und dieses Fundament sind für Gabi Huber die zentralen liberalen Werte, nämlich Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Optimismus, das heisst der Glaube an die Möglichkeit, in einer komplexen Welt vernünftige Lösungen finden zu können. Hinter der programmatischen Kurzformel «wirtschaftsnah – finanzpolitisch strikt – offen für Neues, und zwar in allen Politikbereichen, nicht nur in der Gesellschaftspolitik» stehe sie voll und ganz.

### Liberales Werte

Ausdrücklich verwies Gabi Huber in ihrer Rede auf die Bedeutung der Frauenfrage. Sie kandidiere nicht nur als Vertreterin der Zentralschweiz, sondern explizit auch als FDP-Frau – obwohl Frauenkandidaturen eine Selbstverständlichkeit und darum nicht mehr besonders erwähnenswert



**«Um nichts in der Welt möchte ich einer anderen Partei als der FDP angehören!» Mit einer flammenden Rede begeisterte Gabi Huber das Publikum und erntete Szenenapplaus für ihr Bekenntnis zum Freisinn.**

sein sollten. Frauenvertretungen auf allen Ebenen und somit auch an der Parteispitze seien aber gemäss ihrem Verständnis ein gesellschaftspolitisches Muss. Dieses Ziel zu erreichen, gehöre

zu den Aufgaben einer Partei sagte Gabi Huber.

### Wünsche an Weggefährtinnen

Der Zufall berühre sie, dass sie die Nachfolge langjähriger Wege-

fährtinnen antrete. Marina Masoni und Marianne Kleiner habe sie während ihrer Zeit als Finanzdirektorin kennen und schätzen gelernt. Gemeinsam hätten sie vieles erstritten und erlitten. Ihren beiden Kolleginnen wünschte Gabi Huber auf ihrem weiteren Weg denn auch Wohlergehen in jeder Beziehung.

### Herzlichen Dank

Auch die FDP-Frauen möchten an dieser Stelle den zurückgetretenen Vizepräsidentinnen Nationalrätin Marianne Kleiner (AR) und Regierungsrätin Marina Masoni (TI) ganz herzlich für ihr grosses Engagement danken. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit im Kreise der FDP-Exponentinnen.

Der neu gewählten Vizepräsidentin Gabi Huber wünschen die FDP-Frauen alles Gute und versichern ihr die volle Unterstützung bei der Ausübung ihres neuen Mandates.

Abstimmung

## Ja zu einer vernünftigen Ausländer- und Asylgesetzgebung

Die Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz hat am 25. August 2006 in Zürich die Parolen für die Abstimmung vom 24. September gefasst. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass mit dem Asylgesetz Missbräuche wirksamer als bisher bekämpft werden können. Es darf nicht sein, dass die Frechsten belohnt und die Redlichen bestraft werden. Dies gilt es mit Blick auf eine glaubwürdige Migrationspolitik zu ändern. Im Weiteren wird die Rechtsstellung der vorläufig Aufgenommenen verbessert. Die FDP-Frauen plädieren dafür, dass die Zwangsmassnahmen, insbesondere bei Minderjährigen, verhältnismässig angewendet werden.

Das neue Ausländergesetz bildet eine wichtige Grundlage zur Förderung der Integration. Zudem werden Instrumente geschaffen, mit denen Schleppertum, Menschenhandel und Schwarzarbeit bekämpft und die Ausbeutung von Frauen verhindert werden können. Wichtig ist ausserdem, dass der Schutz und die Rechtsstellung von Frauen und Kindern – insbesondere bei Zwangsprostitution und bei Opfern häuslicher Gewalt – verbessert wird.

Schliesslich verweisen die FDP-Frauen darauf, dass mit dem neuen Ausländer- und Asylgesetz die humane Tradition gewahrt, die Rückkehrhilfe gefördert und erstmals eine ausdrückliche Grundlage für eine Migrationspartnerschaft mit den Herkunftsstaaten geschaffen wird.

Kampagne der Jungfreisinnigen

## KOSA – Nein zum Schutzgeld für die AHV!

Ein JA zur KOSA-Initiative hätte verheerende Konsequenzen für Bund und Kantone. Die Gewinne der Nationalbank müssen in andere Bereiche fließen als in ein marodes Sozialwerk.

**Von Silvan Amberg, Vorstandsmitglied jfs, Leiter Arbeitsgruppe Sozialpolitik**

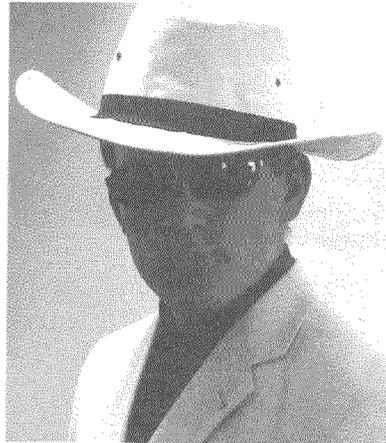
Wenn wir heute irgendwo lesen, dass die AHV Probleme hat, dann wird das niemanden mehr überraschen. Selbst die Linke hat unterdessen eingesehen, dass das Umlageverfahren mit der demographischen Entwicklung nicht fertig wird.

Ich kann hier nur versuchen, das Ausmass der Probleme zu verdeutlichen: In 20 Jahren wird die Finanzierungslücke auf 14 Mrd. angestiegen sein. Das ist jährlich mehr Geld, als die Schweiz für alle Volksschulen ausgibt. Oder anders ausgedrückt, wenn wir das Rentenalter vollständig der Demographie anpassen würden, dann würde es in 20 Jahren bei der Marke «70» liegen.

Und solche Probleme können wir nicht erst in 19 Jahren diskutieren. Es stellt sich nämlich nicht nur die Frage, wie wir finanzieren, sondern welche Generation wie viel tragen muss. Und ganz bestimmt darf dies nicht nur unsere Generation sein – eine Generation, die sich schon darauf freut, einen riesigen Schuldenberg zu erben, welcher in den letzten Jahren angehäuft wurde.

Doch die Politik hüllt sich in Schweigen. Keine Partei kümmert sich um das Problem – keine Partei will Wählerstimmen riskieren. Wir jungfreisinnigen können es uns leisten, diese Probleme anzusprechen, da ein Grossteil derjenigen, die wir vertreten, noch gar nicht stimmen dürfen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass in der Schweiz Reformen erst dann angepackt werden, wenn politische Fehlentscheide bereits Milliardenlöcher in die Kasse gerissen haben. Auch die Bilanz der AHV gerät immer mehr in Schieflage, wenn die kinderreichen Babyboomer, de-



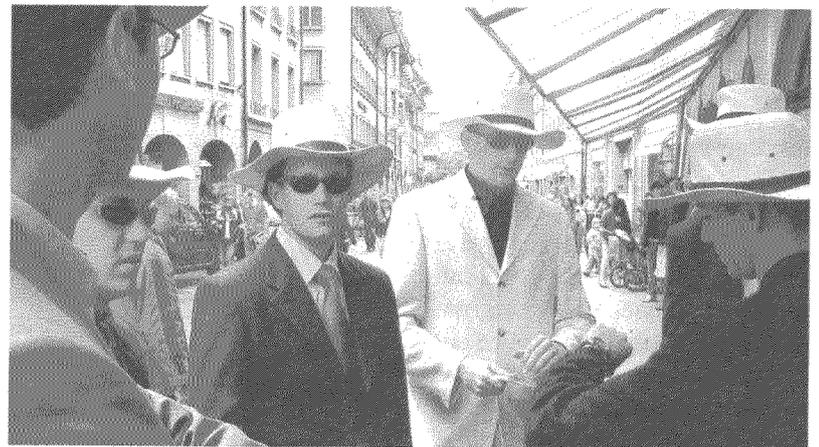
**Silvan Amberg im Mafia-Look.**

ren Beiträge viele Jahre die Missstände vertuschen konnten, in Rente gehen.

Dies hat nun die KOSA Nostra auf den Plan gerufen. Wenn nämlich die Probleme der AHV zu früh bekannt würden, so könnte dies die beiden linken Prestigeprojekte «Rentenalter 62» und «3000 Fr. Rente für alle» gefährden. Deshalb soll nun das Geld der Nationalbank für ein paar Jahre die Finanzlücken stopfen. Denn damit könnte der Reformdruck um ein paar weitere Jahre hinausgeschoben werden.

Die Probleme der AHV müssen angepackt werden – und zwar sofort! Eine weitere Reformverzögerung ist gegen die Interessen der jungen Generation! Nein mehr – sie ist gegen die Interessen aller, welche an einem längerfristigen Erhalt des schweizerischen Wohlstands interessiert sind.

Wir schauen düsteren Zeiten entgegen, wenn wir bedenken, welche Probleme durch die Überalterung der Gesellschaft auf uns zukommen: explodierende Gesundheitskosten, Konsumrückgang, Leistungskürzungen in der Altersvorsorge sind nur einige Beispiele. Und das Letzte, was wir brauchen können, ist, die Nationalbank in die-



**KOSA-Nostra-Aktion der jfs am 12. August in Bern.**

sen Verteilungskampf zu verwickeln. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen brauchen wir eine starke Nationalbank. Und deren Aufgabe darf es auf keinen Fall sein, Schutzgelder für marode Sozialwerke zu bezahlen!

Doch die KOSA-Initiative wird die Schweiz nicht nur langfristig schädigen. Auch kurzfristig hat sie verheerende Konsequenzen für Bund und Kantone: In den nächsten Jahren wird die Nationalbank überdurchschnittlich hohe Gewinne ausschütten. Und diese gehören gemäss Bundesverfassung zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Kantonen ausbezahlt. Dieses Geld gehört somit allen Bürgern und sollte in Schuldenabbau, Bildung oder Steuersenkungen investiert werden. Es darf nicht sein, dass nur die Rentner der nächsten paar Jahre davon profitieren. Auch darf nicht ein jahrelang gültiger Verteilschlüssel kurzfristig angepasst werden, nur um die Fehler der linken Sozialpolitik zu überspielen.

Die Kampagne der jungfreisinnigen gegen die KOSA-Initiative wird unter dem Namen «KOSA Nostra – Nein zum Schutzgeld für die AHV!» geführt. An dieser Anspielung auf die Mafia ist die ganze

Symbolik der Kampagne aufgehängt.

Das Mafia-Motiv wurde gewählt, weil es eine der wenigen Möglichkeiten ist, die Problematik hinter der Initiative plakativ darzustellen. Mafia erinnert an eine Verschwörung – eine Verschwörung gegen kommende Generationen. Mafia suggeriert aber auch, dass es nicht erlaubt ist, darüber zu sprechen. Konkrete Vorschläge zur Lösung der AHV-Problematik kommen heute politischem Selbstmord gleich.

Unsere Website [www.kosa-nostra.ch](http://www.kosa-nostra.ch) als Hauptkommunikationsmittel ist ebenso wie unser Flyer im Mafia-Design gehalten. An Standaktionen und an der Pressekonferenz treten jungfreisinnige als *Mafiosi* auf, als Giveaways stehen uns kleine Wasserpistolen zur Verfügung. Um noch mehr Junge zu erreichen, werden wir zusätzlich eine Plakatkampagne in den grossen Schweizer Städten durchführen. Möglichst vielen Jungen soll bewusst werden, dass es um ihre Zukunft geht und dass es eine Partei gibt, die sich entschlossen für diese Zukunft einsetzt.

Portrait

## Im Gespräch mit Peter Zwysig

Präsident der jungfreisinnigen Nidwalden

Am 12. Januar 2006 wurden die jungfreisinnigen Nidwalden in Stans gegründet. Innert weniger Monate sind sie zu einer der aktivsten jungfreisinnigen Sektionen geworden. Der 25-jährige Maschineningenieur Peter Zwysig ist als Präsident massgeblich an diesem Erfolg beteiligt.

*Peter, was hat dich dazu bewogen, in Nidwalden eine eigene jungfreisinnige Sektion zu gründen? Warum bist du nicht einer anderen Partei, die bereits besteht, beigetreten?*

Ich bin ein von Grund auf bürgerlich und liberal denkender Mensch. Infolge dieser durchaus dankbaren Einschränkung und der Tatsache, dass es in Nidwalden noch keine Jungpartei gab, kamen wir kurzerhand zum Schluss, selbst eine solche zu gründen.

*Welche Ziele habt ihr?*

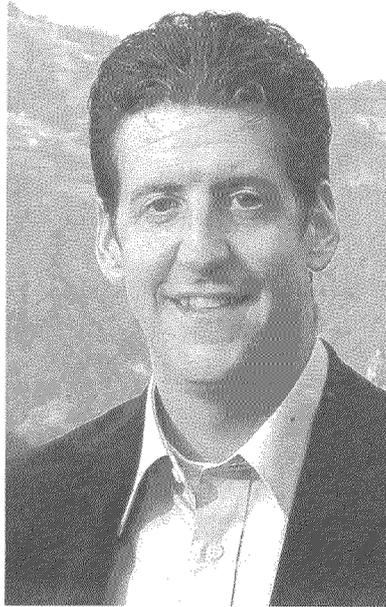
Analog dem Slogan der jungfreisinnigen soll den Jugendlichen die Politik nicht gleichgültig sein. Wir möchten sie motivieren und ihnen die Möglichkeit bieten, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Jeder soll selber über seine Zukunft bestimmen können – und dies vor allem auch tun!

*Welche persönlichen politischen Ziele hast du?*

Aufgrund der gegebenen Voraussetzungen unseres kleinen Kantons wird es eher schwierig, je einmal ein National- oder Ständeratsamt ausüben zu können. Ich möchte mich deshalb umso mehr im Kanton einsetzen. Mein persönliches Ziel ist sicherlich die Einsitznahme im Landrat (Kantonsrat).

*Was ist deine Motivation, Politik zu machen?*

Mich interessiert das persönliche Mitarbeiten, Mitgestalten und natürlich auch das Mitbestimmen. Mir ist nicht egal, in welche Richtung unser Land in Zukunft steuert,



Peter Zwysig

was mit unserer Wirtschaft passiert oder wie sich unser Bildungssystem weiterentwickelt. Ich möchte aktiv meinen Teil dazu beitragen.

*Was ist dir neben der Politik wichtig?*

Ein friedliches und menschenwürdiges Zusammenleben der Bevölkerung in ihrer eigenen Heimat und Religion. Eine gesunde und intakte Umwelt, die auch unseren nachkommenden Generationen einen angenehmen Lebensraum bieten kann.

*Was könnte die FDP deiner Meinung nach besser machen?*

Man sollte vor allem den Mut haben, in politischer Hinsicht klare Positionen einzunehmen. Zudem sollten wir unseren Vorteil als Mittelpartei stärken und ihn gezielter nutzen.

*Was ist anders an junger freisinniger Politik im Vergleich zu freisinniger Politik?*

Mit ihren oftmals gewagten, aber durchaus gerechtfertigten Stellungnahmen machen wir auf

uns aufmerksam und regen die Bevölkerung zum Nachdenken an.

*Wenn du eine Milliarde Franken hättest, wo würdest du sie einsetzen?*

Als Erstes würde ich mich finanziell an der Bekämpfung der KOSA-Initiative beteiligen. Es darf nicht sein, dass wir unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit Scheinlösungen an der Nase herumführen. Auch für den Rest gebe es sicherlich sehr sinnvolle Verwendungen, denkt man zum Beispiel an die Armut oder die Wassernot in den Entwicklungsländern.

*Welches sind die drei wichtigsten Politikfelder, in der die Schweiz nun handeln muss?*

Die Problematik des steigenden Energieverbrauches und dessen Deckung, die sinnvolle Sanierung und Sicherstellung der AHV sowie die stetige Anpassung und Weiterentwicklung unserer bilateralen Verhältnisse.

*Was gefällt dir an der Schweiz, was nicht?*

Auf unsere Neutralität und die direkte Demokratie können wir be-

sonders stolz sein. Das Privileg, in der Schweiz geboren zu sein, bringt unzählige Möglichkeiten und Freiheiten mit sich. Weniger gut gefällt mir die ständige Verhinderungspolitik gewisser Linksparteien und Organisationen.

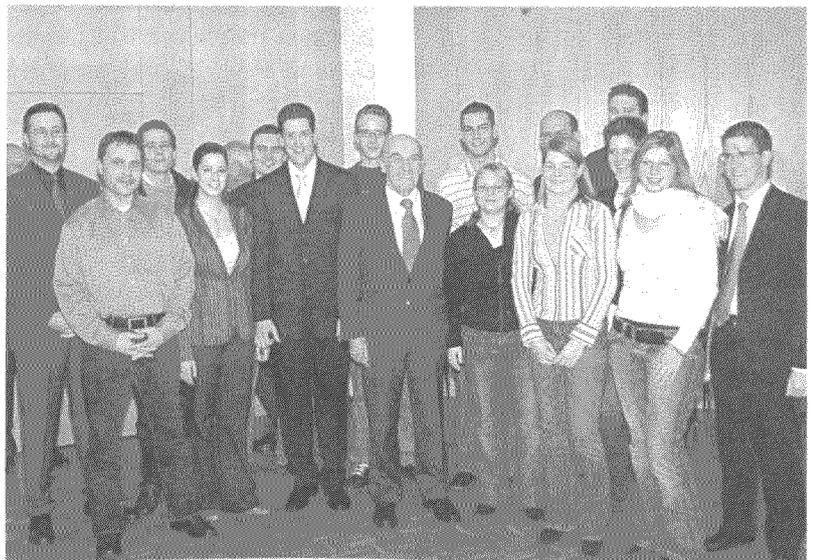
*Was bedeutet liberal sein für dich?*

Liberalismus bedeutet für mich die freie Entfaltung jedes Einzelnen, ohne unnötige staatliche Regelungen und Einschränkungen.

*Warum sollte auch dein Nachbar der FDP bzw. den jungfreisinnigen beitreten?*

Die FDP als bürgerliche Partei setzt sich für eine starke und unabhängige Schweiz ein. Jeder kann und soll, entsprechend seinen persönlichen Möglichkeiten, seinen Teil dazu beitragen. Nur gemeinsam erreichen wir unsere Ziele, schaffen es, die Zukunft nach unseren Vorstellungen und Ideen zu gestalten.

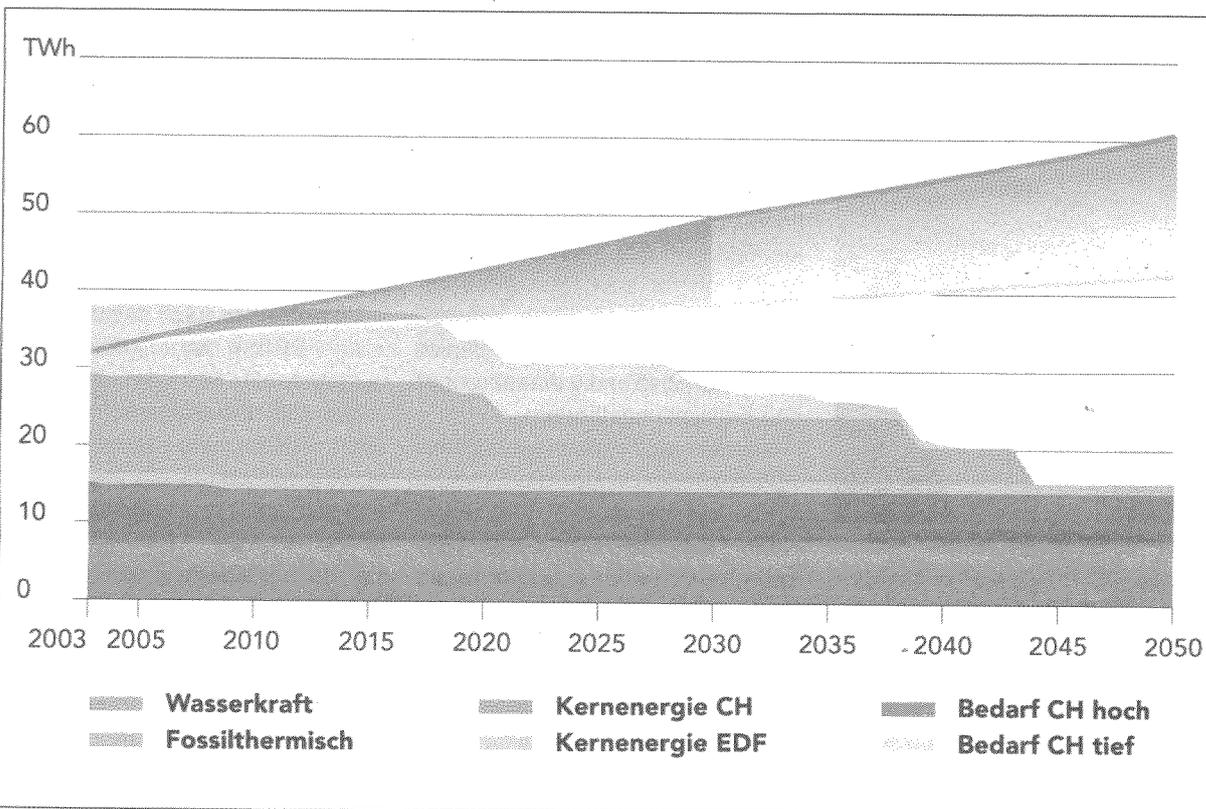
**Interview: Lena Schneller**



jfnw mit Bundesrat Merz.

# Energiefragen werden die Schweiz beschäftigen!

In der Energiepolitik gibt es zwei grosse Fragen: Wie viel Energie wird in den kommenden Jahren benötigt, respektive wie kann der Verbrauch gesenkt werden? Welche Energiequellen sollen verwendet werden, respektive wie soll die benötigte Energie produziert werden? Beide Fragen werden die Schweiz in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen.



Erwartete Versorgungslücke bei der Stromversorgung in den kommenden Jahrzehnten.

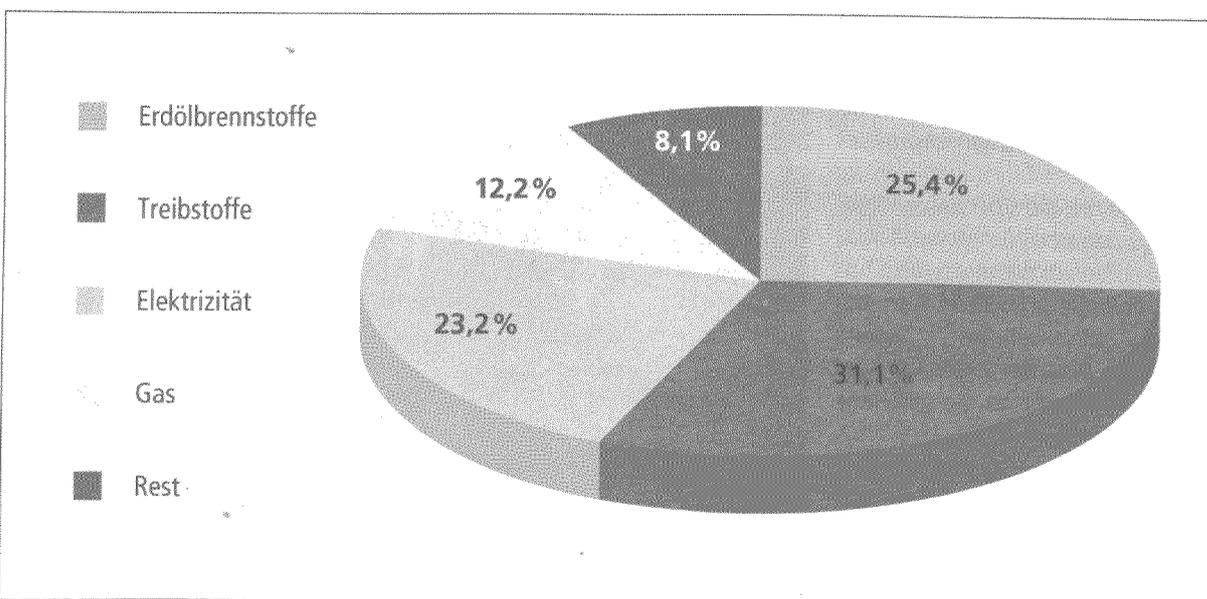
Quelle: Axpo

Die Versorgungssicherheit bei der Energie ist ein Grundelement unseres Wohlstandes und eine notwendige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Der Staat hat die entsprechenden Rahmenbedingungen festzulegen, damit diese Versorgungssicherheit gewährleistet ist.

Der aktuelle schweizerische Strommix aus Wasserkraft und Kernenergie ist wirtschaftlich, technisch und ökologisch sinnvoll. Er stellt einen wichtigen Beitrag zur schweizerischen Klimapolitik dar. Aus Altersgründen sind in den nächsten Jahrzehnten aber bedeutende Kapazitäten zur Stromerzeugung zu ersetzen, insbesondere bei der Kernenergie, weil sonst eine Versorgungslücke droht. Diese Lücke vollständig mit alternativen Energien oder mit einer Senkung des Verbrauchs zu schliessen, ist illusorisch. Zur Deckung der absehbaren Versorgungslücke bieten sich also mehrere Optionen an: die stärkere Nutzung neuer erneuerbarer Energien, mehr Wasserenergie und der Ersatz bestehender Kernkraftwerke. Alternativ stünden mehr Energieimporte zur Debatte, was die Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland nach den fossilen Brennstoffen auch beim Strom vergrössern würde. Angesichts dieser Perspektiven ist es sinnvoll, für die Zukunft sämtliche Optionen offen zu halten.

### Energie effizient verwenden

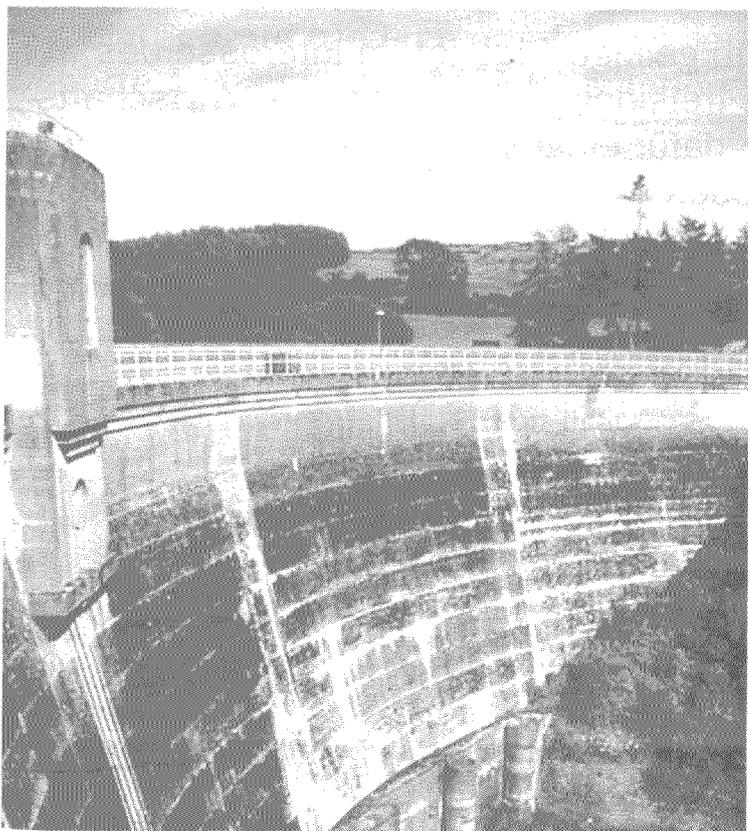
Jahrzehntelang gab es Energie – in allen Formen – regelrecht im Überfluss. Die Schweiz produzierte mehr Strom, als sie selber benötigte, fossile Brennstoffe waren – abgesehen von der Zeit der Ölkrise



Energieverbrauch nach Energieträgern 2005.

Quelle: Bundesamt für Energie

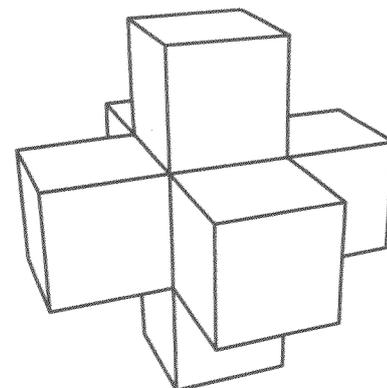
Diskutieren Sie die Energiezukunft der Schweiz mit. Die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz wird das Thema «Energie» an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober in Sempach diskutieren.



zu Beginn der 70er Jahre – ohne weiteres erhältlich und billig. Nun müssen wir aber feststellen, dass Energie ein knappes Gut ist – nicht nur an der Tanksäule. Weil die schweizerischen Kernkraftwerke allmählich in die Jahre kommen, ist auch die Versorgung mit Strom nicht mehr gesichert. Angesichts dieser Tatsache ist in erster Linie darauf zu achten, dass die Energie effizient verwendet wird. Hier drängen sich verschiedene Massnahmen auf. Erstens kann die Bevölkerung informiert und für einen sparsamen Energieverbrauch sensibilisiert werden. Zweitens sind die technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Energieverbrauch zu senken. Ansatzpunkte finden sich hier überall, wo Energie verbraucht wird: vom Auto bis zur Zentralheizung.

Der Innovationsstandort Schweiz hat ein grosses Potenzial in der Entwicklung energieeffizienter Verfahren und Geräte. Ein Spitzenplatz in diesem zukunftssträchtigen Technologiebereich ist eine Wachstumschance.

trächtigung des Landschaftsbildes oder aber auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Die einzelnen Energien sind deshalb vorurteilsfrei zu analysieren. Nur mit einer gesamtheitlichen und langfristigen Betrachtung wird der richtige Energiemix für die Schweiz der Zukunft zu finden sein.



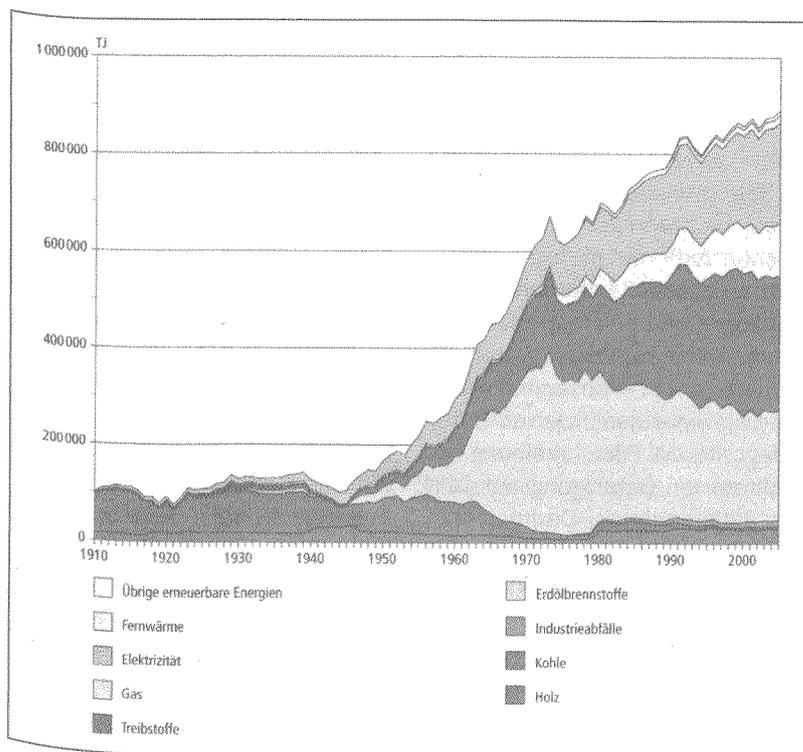
Anzeige

### Energieversorgung sichern

Die Anstrengungen für einen effizienten Energieverbrauch können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Zukunft Energie brauchen wird und dass dieser Verbrauch heute keineswegs gesichert ist. Die Erfahrung lehrt uns auch, dass es nicht möglich sein wird, die fehlenden Kapazitäten kurzfristig bereitzustellen. Anlagen für die Energieproduktion haben in der Regel eine lange Realisierungsdauer. Aus diesem Grund gilt es, sämtliche Optionen offen zu lassen und möglichst frühzeitig mit der Planung zu beginnen. Nur so können wir verhindern, dass Maschinen und Züge still stehen und beim Drücken des Lichtschalters die Lampe dunkel bleibt.

### Nachhaltige Produktion verlangt Weitblick

Die Produktion sämtlicher Energiearten hat Vor- und Nachteile; solche Nachteile sind etwa die Beein-



Energieverbrauch 1910–2005 nach Energieträgern.

Quelle: Bundesamt für Energie

**EINE SOLIDARITÄTSPATENSCHAFT**  
für die Zukunft der Kinder

**Terre des hommes**

**021/654 66 66**

Terre des hommes, En Budron C8,  
1052 Le Mont-sur-Lausanne  
Fax 021/654 66 77 • E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

## FDP-Kommissionsarbeit in der WAK-N – Verstärkter Akzent auf Investitionsanreizen

Die FDP will, dass die Unternehmenssteuerreform gelingt. Dies ist im Interesse des weiteren Wirtschaftswachstums in der Schweiz. Die freisinnigen Mitglieder der Wirtschaftskommission des Ständerats haben sich deshalb dafür eingesetzt, den bundesrätlichen Vorschlag mit Investitionsanreizen (im Interesse des Wachstums) zu akzentuieren und gleichzeitig auch die Interessen der Kantone mit einzubeziehen (im Interesse der Realisierung).

Im geltenden Steuersystem werden die Unternehmensgewinne zweimal besteuert: zuerst im Unternehmen bei der Gewinnbesteuerung und anschliessend beim Aktienbesitzer mit der Dividendenbesteuerung. Es ist einleuchtend, dass dieser als wirtschaftliche Doppelbesteuerung bekannte Sachverhalt nicht förderlich ist, der Wirtschaft Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Dies gilt vor allem für die Arbeitsplätze schaffenden KMU, wo das Kader oft Miteigentümer ist. In den meisten westlichen Industriestaaten ist das Problem der Doppelbesteuerung angegangen worden. Bei uns liegt ein Vorschlag des Bundesrates auf dem Tisch, der Dividenden statt zu 100% wie bisher neu zu 80% besteuern will. Für die FDP ist klar: Die Reform muss die Position des Standortes Schweiz merklich verbessern und einen echten Investitionsanreiz

schaffen. Der bundesrätliche Vorschlag wird jedoch diesem Anspruch nicht ausreichend gerecht. Die FDP-Nationalräte votierten deshalb für eine Besteuerung der Dividenden zu 50% und damit für eine substantielle Erleichterung der Doppelbesteuerung. Sie sprachen sich dafür aus, bei der steuerlichen Entlastung auf dem Privatvermögen weiter zu gehen als der Ständerat und hier den gleichen Teilbesteuersatz (50%) wie für das Geschäftsvermögen einzuführen. Auch die wissenschaftlichen Gutachten belegen, dass dadurch stärkere Wachstumsimpulse ausgelöst werden.

### Akzent auf Investitionsanreiz und nicht auf allgemeiner Entlastung

Um diesem Paradigmenwechsel noch einen klaren wachstumsorientierten und investitionsfördernden



Die Wirtschaft soll auch weiterhin sprühen.

Bild: Keystone

Akzent zu verleihen, unterscheidet die FDP zwischen den Interessen jener vornehmlich mittelständischen Aktionärinnen und Aktionäre, welche sich unternehmerisch beteiligen, und den Interessen der Sparer-Aktionäre. In der WAK-N akzeptierte die FDP deshalb die Statuierung einer qualifizierten Beteiligung und die Festschreibung der qualifizierten Beteiligung auf 10% des Aktienkapitals. Dadurch wird auch der Position der Kantone, welche diese Reform unterstützen, Rechnung getragen. Mehr noch: mit dem gewählten Modell und der Akzentuierung auf den Unternehmer-Aktionär bewegt sich die FDP auf steuerpolitischen Wegen, welche auch von einer Mehrheit der Kantone bereits beschritten wer-

den. Das von diesen Kantonen implementierte Modell (50% Besteuerung und qualifizierte Beteiligung) ist jeweils vom Souverän gutgeheissen worden. Das heisst auch, dass dort durch die USR II keine Steuerausfälle mehr anfallen werden.

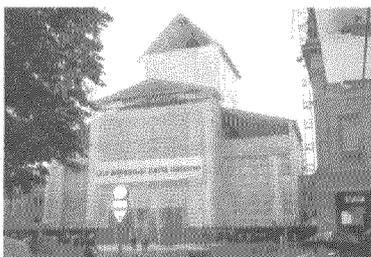
### Keine Besteuerung privater Kapitalgewinne

Bezüglich der Besteuerung privater Kapitalgewinne ist die FDP-Deputation der Meinung, dass das klare Volks-Nein zur SP-Initiative respektiert werden muss. Es kann daher keine Besteuerung privater Kapitalgewinne durch die Hintertür – in Richtung einer ausgeweiteten Quasi-Wertpapierhändler-Definition – akzeptiert werden.

## Herbstsession in Flims

18. 9. – 6. 10. 2006

Wegen aktueller Renovationsarbeiten in und am Bundeshaus schlagen wir während der Herbstsession unsere Zelte im schönen Flims auf.



Asyl- und Ausländergesetz

## Integration fördern – Missbräuche verhindern

Bereits die Beratungen in den Eidgenössischen Räten im letzten Jahr liessen erahnen, dass die Debatte rund um das teilrevidierte Asylgesetz (AsylG) wie auch um das totalrevidierte Ausländergesetz (Aug) emotional geführt werden würde.

### Von Regierungspräsidentin

**Karin Keller-Sutter, St. Gallen**

So erstaunt es denn nicht, dass die Referendumsführer Werte wie Toleranz, Offenheit, Menschlichkeit und humanitäre Tradition für sich allein beanspruchen und die Befürworter, also den Bundesrat sowie die bürgerlichen Regierungsparteien, als Unmenschen hinstellen. Verunglimpfung als Strategie der Toleranten. Gemäss dieser Strategie werden nicht nur Einzelfälle thematisiert, sondern es wird gebetsmühlenartig (jedoch fälschlicherweise) behauptet, beide Vorlagen verstiesse gegen internationales Recht.

Es ist deshalb höchste Zeit, beide Gesetze einer nüchternen Betrachtung zu unterziehen. Dabei muss festgestellt werden, dass das neue Aug eine Reihe von Verbesserungen für ausländische Personen vorsieht, z. B. Kantons- und Stellenwechsel ohne vorherige Bewilligung der Ausländerbehörde. Zudem soll die Integration von ausländischen Personen in der Schweiz besonders gefördert werden. Das neue Aug regelt übrigens lediglich den Status von sogenannten Drittausländern. Angehörige von EU- und EFTA-Staaten haben über das Personenfreizügigkeitsabkommen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt. Auch das neue AsylG enthält verschiedene Besserstellungen für die Asylsuchenden. Zu erwähnen ist namentlich die neue Härtefallregelung, die es den Kantonen unabhängig vom Verfahrensstand erlaubt, massgeschneiderte Lösungen zu finden. Abgewiesene Asylsuchende, die eine vorläufige Aufnahme erhalten, dürfen neu einer Arbeit nachgehen und kommen in den Genuss von Integrationsmassnahmen.



**Karin Keller-Sutter**

Andererseits sind auch Bestimmungen vorgesehen, die dazu dienen, den Wegweisungsvollzug nach negativem Asylentscheid zu verbessern. Trotz rückläufigen Asylzahlen bindet der Vollzug in den Kantonen nach wie vor unverhältnismässige Kräfte; Verbesserungen sind auch aus rechtstaatlicher Sicht deshalb dringend notwendig.

Die Zusammensetzung und das Verhalten der Asylsuchenden haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Waren es in früheren Jahrzehnten ganze Familien und Menschen jeden Alters, die vornehmlich aus europäischen Krisengebieten kamen, so sind wir heute vor allem mit alleinstehenden jungen Männern aus dem aussereuropäischen Kulturkreis konfrontiert. Damit verbunden ist auch das grösste Problem des Asylbereichs: Das Asylrecht wird nicht nur von

Flüchtlingen beansprucht, die ihre Heimat wegen politischer Verfolgung, Krieg und Krisen verlassen müssen, sondern zunehmend von Personen, die auf der Suche nach einer wirtschaftlich besseren Zukunft sind. Es erstaunt deshalb nicht, dass diese Menschen alles daran setzen, ihren Aufenthalt bei uns möglichst hinauszuzögern. Um ihre Wegweisung zu verhindern, leugnen sie ihre Identität und verweigern die Zusammenarbeit mit den Behörden bei der Papierbeschaffung. Die Verlängerung der Ausschaffungshaft wie auch die Einführung einer Durchsetzungshaft können hier Abhilfe schaffen. Ausserdem sollen die Verfahren gestrafft und alle Personen mit einem negativen Asylentscheid von der Fürsorge ausgeschlossen werden. Diese Massnahmen richten sich nicht gegen schutzbedürftige Menschen, die in der Schweiz zu Recht als Flüchtlinge anerkannt werden, sondern gegen Personen, die nicht

bereit sind, die Entscheide unserer Behörden zu befolgen und unsere Rechtsordnung einzuhalten. Ähnliche Gesetze sind in verschiedenen europäischen Staaten bereits in Kraft.

Die humanitäre Tradition unseres Landes wird mit den vorliegenden neuen Gesetzen nicht ausgehöhlt, sondern gestärkt und auf ihren Kern, nämlich den Schutz verfolgter Menschen, zurückgeführt. Das Asylrecht ist kein Zuwanderungsrecht. Arbeitszuwanderung soll über die Personenfreizügigkeit mit der EU erfolgen. Die Zustimmung zum neuen Asyl- und Ausländerrecht ist nicht nur aus der Sicht des Vollzugs wünschenswert, sondern auch eine Bestätigung dieser ganzheitlichen Migrationspolitik.

## Agenda

### September

- 8. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 15. 9. Delegiertenversammlung UFL (Montreux)
- 16. 9. Parteitag in Zürich
- 18. Groupe Latin
- 18. 9.–6. 10. Herbstsession in Flims Laax (GR)
- 21. Geschäftsleitung
- 24. Eidgenössische Volksabstimmung (Asylgesetz/Ausländergesetz/KOSA-Initiative, Abstimmungsfest der FDP im «äusseren Stand», Bern
- 28. Sessions-Treffen der ehemaligen FDP-Parlamentarier(innen) in Flims

### Oktober

- 13. Sekretärenkonferenz  
Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Luzern
- 14. a. o. Delegiertenversammlung in Sempach (LU)

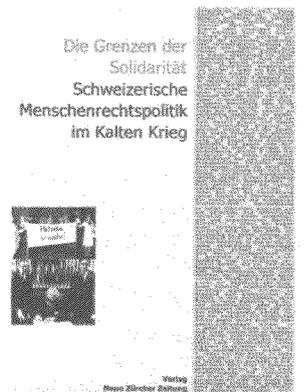
# Liberaler Höhenflug in Schweizer Berge

wo sich auch Noten niederlassen	nicht nur der Bauer lässt sie raus	oft ein Lebensfaden in der Steilwand	Spitze in Jass und Sport	frühe Fliegerbrüder er heisst auch Donar	unser Berg mit der berühmten Wand	gekürzte Taschenausgabe	gehört zu den Tessiner Tälern	zu seinen Füssen unserer grösster Gletscher
Land an der Thur oder an der Aare	Lehre vom Erdaufbau Maschinenpistole	oft glimpflicher Zwist unser Zentralmassiv	7	militärisch gelacht Papst- und Löwenname	gezinkter Löffel Wanderatome	welscher Esel Berliner Absage	Stadt mit Hollywood kürzt jedes Bundesamt	
chemisches Gold der Nationalbank	Schweizer Markengipfel	Barockengeigen Freipass f. Bahnfahrer	2	Thoron, ein Zerfallsprodukt von Thorium	literarisches Heldenwerk	engl. Fürwörtchen kletternde Kosten	8	
mit allen Wassern gewaschen	früher oder bevor Trade Union	6	Begriff für hochgelegenes Küstenland	Schutzmassnahme für Diplomaten	er macht Stimmung im Saustall	Tunesien oder Tennessee		
im Parlament vorgebrachte Meinung	kleine Notlüge - auch in der Politik	Folklore-Bergblume enthält die Termine	1	ein Mässchen für Promillegefährdete	freisinnig im neuen Logo	Zürcher Hochschule	kleiner Inhaber sucht u. findet Kristalle	9
Davids Vater gemäss dem AT	Königin der Schweizer Bergbahnen	3	General-Inspektor oder Ami-Soldat	so staunt selbst die Regierung	kleiner Wanderhalm	Zink für Chemiker Zinn als Stannum	11	
Adieu in Locarno Kanton am Gotthard	Schlagermännername	ziemlich strapazierte Wahrheit	12	nomen nominandum gemeint ist der Uof	leicht löslich episch bis epochal	italienische Zustimmung	einst eine höfliche Anrede	
				wenn eine, dann die FDP	zeitlich völlig unbeschränkt		10	

**Preise:**

**1.-3. Preis: je ein Buch, gestiftet von NZZ-Libro.**

*Titel: Die Grenzen der Solidarität - Schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg*  
 Autor: Jon A. Fanzun, Politischer Sekretär, FDP Schweiz



**So machen Sie mit:**

Schreiben Sie uns bis zum 25. September 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:

Generalsekretariat FDP  
 «Freisinn»-Rätsel  
 Postfach 6136  
 3001 Bern  
 raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Lösungswort:**

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Kreuzwörterrätsel aus Nr. 6/06

### Heckenschützen

Das richtige Lösungswort des Kreuzwörterrätsels Nr. 6/06 lautete: HECKENSCHÜTZEN. Bis zum Redaktionsschluss sind 193 richtige Antworten bei uns eingegangen.

Je ein Set mit neuen FDP-Gadgets gewonnen haben:

P	G	T	D	B
J	O	J	K	E
P	U	L	T	U
B	U	N	D	E
L	I	R	H	O
B	I	S	T	R
S	E	L	P	F
T	S	K	L	N
S	A	L	Z	A
F	E	I	L	E
H	O	O	L	I
S	N	D	A	E
T	L	R	E	F
C	A	W	E	L
B	R	A	S	I
B	E	N	E	I
G	A	U	N	E
F	I	L	Z	C
M	A	I	N	S
B	R	A	N	E
E	O	R	T	B
A	R	T	E	E
S	E	T	Z	U
E	F	E	U	E
S	T	R	E	R
E	R	I	C	H

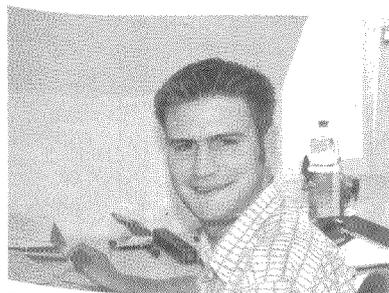
**Frau Erika Burkhalter**  
 Maihölzli 13  
 5621 Zufikon

**Herr**  
**Christoph Wiesmann**  
 Meiangartenstrasse 1  
 8645 Jona

**Herr Peter Stahl**  
 Lussistrasse 13  
 8536 Hüttwilen

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

### Neuer Praktikant



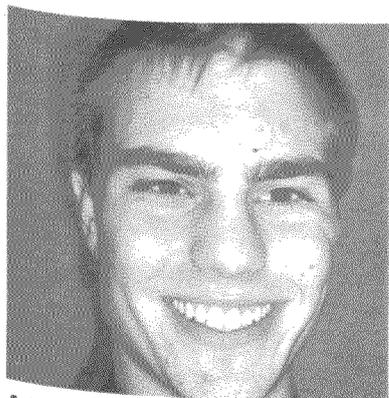
Daniel Derungs

Im August 2006 hat Daniel Derungs sein Praktikum bei der FDP Schweiz in Angriff genommen.

Daniel Derungs wird hoffentlich ein spannendes halbes Jahr im Generalsekretariat erleben und uns tatkräftig unterstützen.

Wir wünschen ihm eine lehrreiche und interessante Praktikumszeit.

### Herzlich willkommen!



Adrian Michel

Adrian Michel heisst der neue Kampagnen-Assistent im Generalsekretariat der FDP Schweiz. In dieser Funktion wird er auch die Betreuung der Kantonalparteien übernehmen. Adrian Michel steht kurz vor Abschluss des Studiums an der Universität St. Gallen. Er ist Vizepräsident der jungfreisinnigen Schweiz und dort zuständig für Politik & Kampagnen. Wir wünschen ihm viel Erfolg und Befriedigung im Generalsekretariat.

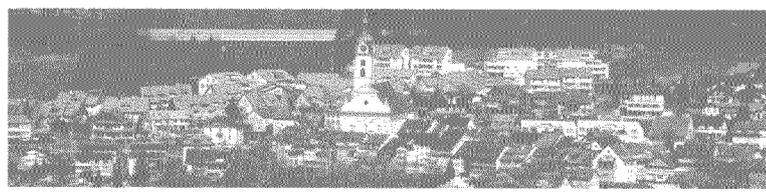
## Vorankündigung

### a. o. Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Sempach (LU)

14. Oktober 2006

**Thema: Wachsende Schweiz – wir werden uns ausschliesslich mit der «Energiepolitik» auseinandersetzen.**

Wie bereits bei den letzten Delegiertenversammlungen sind auch hier die Spezialistinnen und Spezialisten in den Kantonen und Gemeinden herzlich eingeladen, dieses Thema mitzudiskutieren.



Anzeige

orell füssli

Walter Wittmann

# Helvetische Schlagworte

Politisch – markant – leer

«Mit Wittmann in allen Punkten einig zu sein, ist unmöglich. Dennoch macht das Lesen seiner Provokationen stets Spaß.» *Blick*

192 Seiten gebunden Fr. 39.80

orell füssli Verlag

www.ofv.ch



**Schwächt die Kantone und  
bringt höhere Steuern.**